Nr. 626 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 176

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unser Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.70 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 23. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Vom Eisenbahner-Verband wird uns geschrieben:

„Die vier großen Eisenbahnerverbände der Beamten und Arbeiter, die das gesamte Reichseisenbahnpersonal fast restlos umfassen, haben nach voraufgegangenen Verhandlungen der Reichsregierung, dem Reichstag, dem Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministerium nachstehende Forderung übermittelt:

„Die unterzeichneten Organisationen stellen zur Behebung der Notlage des Eisenbahnpersonals folgende Forderungen":

1. Der Teuerungszuschlag für die Eisenbahnarbeiter in Anlage 1 des Reichslohntarifvertrages vom 5. August 1920 ist entsprechend der am 19. November 1920 überreichten Forderung **gleichmäßig um 1 M. pro Stunde zu erhöhen.**

2. **Für die Beamten ist eine Erhöhung der Teuerungszuschläge in folgender Weise durchzuführen:**

In Besoldungsgruppen	1 u. 2 . .	auf 90 Proz.
„ Besoldungsgruppe	3	„ 85 „
„ Besoldungsgruppe	4	„ 80 „
„ Besoldungsgruppen	5 u. 6 . .	„ 75 „
„ „	7 u. 8 . .	„ 70 „
„ „	9, 10 u. 11	„ 65 „
„ „	12 u. 13 . .	„ 60 „

3. **Für die Diätare sind die vom Reichsgutachterausschuß vorgeschlagenen Sätze in Anwendung zu bringen.**

4. **Das Besoldungsgesetz ist in allen Teilen, auch hinsichtlich des Besoldungsdienstalters, mit Beschleunigung in Kraft zu setzen.**

5. Wegen der vom Reichstag in einer Entschließung geforderten Revision des Besoldungsgesetzes ist sofort mit den Spitzenorganisationen in Verhandlungen einzutreten.

6. Die vom Reichstag zur Beamtenbesoldung bereits getroffenen Regelungen werden durch diese Forderungen nicht berührt.

7. In der Erwartung, daß diese Verhandlungen in aller Kürze aufgenommen werden, wird die Regierung ersucht, den Zeitpunkt mitzuteilen, an dem die Verhandlungen beginnen können.

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter.
Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter.
Allgemeiner Eisenbahner-Verband."

Gleichzeitig mit den Forderungen wurde den eingangs aufgeführten Regierungsinstanzen die von uns in der Mittwochmorgen-Nummer veröffentlichte Erklärung zur Kenntnis gebracht.

Forderungen und Aufruf der Verbände lassen kaum einen Zweifel über den Ernst der Situation. Zum erstenmal bildet das gesamte Eisenbahnpersonal eine Einheitsfront zur Erkämpfung besserer Existenzverhältnisse. Sollte es bei Ablehnung der Forderungen zu einem Streik kommen, so würde demnach mit einer völligen Stillegung des gesamten Reichseisenbahnbetriebes zu rechnen sein. Die Folgen für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben wären unübersehbar.

Ein Artikel der „Times."

Die „Times" veröffentlicht einen Artikel, in dem sie die Vorschläge wiedergibt, die die Ententevertreter der deutschen Delegation in Brüssel angeblich unterbreiten werden. Der Artikel wird in Deutschland keine Aufregung hervorrufen, weil niemand geneigt sein wird, seinen Inhalt als richtig anzunehmen. Auch diejenigen, die über die optimistische Färbung der deutschen Berichte aus Brüssel einigermaßen erstaunt sind — wir zählen uns zu ihnen — werden nichts anderes vermuten können, als daß dieser „Times"-Bericht ein Versuch ist, die Opposition gegen die offizielle Politik der Entente vorzubereiten und nach einer künstlich hervorgerufenen Ueberspannung der Erwartungen jeden noch so weitgehenden Vorschlag als eine bittere Enttäuschung wirken zu lassen.

Nach der „Times" also wird die Entente von Deutschland 265 Goldmilliarden fordern, die in 40 Jahren, bis 1961, zu bezahlen sind. Die Raten werden bis 1925 jährlich drei Milliarden, bis 1931 sechs Milliarden, von da bis 1961 sieben Milliarden betragen. Deutschland soll eine Anleihe aufnehmen dürfen, die aber durch die gesamten Reichs- und Staatseinnahmen garantiert werden muß. Ohne Genehmigung der Wiedergutmachungskommission soll weder dem Reiche, noch den Gliedstaaten, noch den Städten die Aufnahme einer Auslandsanleihe gestattet sein. Deutschland soll zur Garantie deutsche Industriepapiere im Werte bis zu fünf Milliarden Goldmark hinterlegen, unter Umständen können weitere Hinterlegungen gefordert werden. Die Zolleinnahmen werden unter ausländische Kontrolle gestellt und beschlagnahmt, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht einhält. Auch kann von der deutschen Regierung verlangt werden, daß sie sich neue Einnahmen durch indirekte Steuern schafft.

Die Wiedergutmachungskommission soll das Recht haben, Stundungen zu gewähren, die von 1926 bis 1931 nicht zwei Milliarden, von da ab nicht drei Milliarden übersteigen dürfen. Wir würden also, wenn diese Stundungen gewährt würden, bis 1926 unter Umständen weniger als eine Goldmilliarde, und später statt sechs bzw. sieben Goldmilliarden nur vier jährlich zu bezahlen haben. Wann die gestundeten Summen bezahlt werden sollen, ist im Vorschlag der „Times" nicht gesagt.

Schon hier ist eine Unklarheit, die den ganzen angeblichen Vorschlag unmöglich macht. Soll in vierzig Jahren eine bestimmte Summe aufgebracht werden, so ist es notwendig, das Minderaufkommen früherer Jahre durch ein Mehraufkommen der folgenden aufzubringen. Die Steigung der Belastung würde sich also ganz anders darstellen als nach dem Tilgungsplan, der damit in sich selber zusammenfällt.

Der Plan der „Times" bedeutet nichts anderes als eine Unterstellung Deutschlands unter die interalliierte Finanzkontrolle, und darin ist er auch ganz logisch. Man kann sogar sagen: Wenn die Entente wirklich daran denken sollte, Summen wie jene, mit denen die „Times" jongliert, aus Deutschland herauszuholen, dann kann die Finanzkontrolle gar nicht vollständig genug sein. Denn die deutsche Finanzverwaltung und die deutsche Gesetzgebung werden nicht imstande sein, das ihnen aufgegebene Problem aus eigenen geistigen Kräften zu lösen, und sie werden für jede Hilfe, die ihnen dabei zuteil wird, nur dankbar sein können. Sie dürften es nur begrüßen, wenn ihnen für die notwendigen Folgen auch der kleinste Teil der eigenen Verantwortung abgenommen würde.

Um ein Beispiel zu gebrauchen: Der Chef der Berliner Sicherheitspolizei könnte morgen — gestützt auf die Tatsache, daß seine Leute bewaffnet sind, die Straßenbahner aber nicht — von der Direktion der Straßenbahn verlangen, daß sie im nächsten Jahr so und so viele Millionen Ueberschuß abliefern müsse. Der Direktor kann dann zweierlei tun: Entweder er kann die Ablieferung versprechen, wenn er sie für möglich hält, oder er kann den bewaffneten Mann an seinen Schreibtisch führen und ihm höflich sagen: „Bitte, verfügen Sie!"

Die Erlaubnis, eine Auslandsanleihe mit besonderer Genehmigung aufnehmen zu dürfen, ist gewiß sehr gut gemeint, aber das Ausland wird Deutschland schwerlich etwas borgen, wenn es weit über seine Kräfte belastet ist und alle seine Einnahmen verpfändet sind. Eine besondere Aufsicht dürfte sich unter solchen Umständen erübrigen — aber, wenn man sie dennoch für notwendig hielte, wie wollte man sie ausüben? Wie kann man den Ausländer hindern, daß er deutsche Anleihen kauft und in seine Kasse schließt?

Nicht minder utopisch erscheint die Hinterlegung von fünf Milliarden Goldmark und unter Umständen mehr in deutschen Industriepapieren. Wie soll die Bewertung dieser Industriepapiere erfolgen, deren Börsenkurs fällt und steigt? Das Reich müßte, um diesen Fonds aufzubringen, die Industriepapiere auf dem Markt kaufen, was ihr rasendes Emporschnellen und gleichzeitig ein ebenso

Die Gärung in Rußland.

Stockholm, 22. Dezember. Die Zeitung „Aya Dagligt Allehanda" meldet aus Reval: **Die Erregung in Moskau nimmt mit jedem Tage zu und hat ihren Höhepunkt erreicht, nachdem der Beschluß der Sowjetregierung betreffend die Bewilligung von großen Konzessionen an ausländische Kapitalisten in der Oeffentlichkeit bekanntgeworden ist. Die Erregung ist so stark, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen hat, nach Petersburg überzusiedeln. Als Grund dieser Uebersiedelung gibt der Rat an, daß die erregte Stimmung die ruhige Arbeit der Regierung stört. In dem Telegramm heißt es ferner, daß die Volkskommissare sich nicht auf ihre Schutzabteilungen verlassen können, weshalb sie noch vor der beschlossenen Uebersiedelung chinesische und lettische Truppen zusammengezogen haben, unter deren Schutz die Uebersiedelung stattfinden soll.**

Kopenhagen, 22. Dezember. (T.E.) Ein Moskauer Funkspruch bringt die auffällige Nachricht, daß der Allrussische Zentralgewerkschaftsrat beschlossen hat, binnen kürzester Frist, nämlich in zwei Wochen, sämtliche politischen Abteilungen der Gewerkschaften aufzulösen. Es ist zu bemerken, daß gerade diesen politischen Abteilungen, welche die Aufgabe von Propaganda- und Ueberwachungsorganen ausübten, bisher großes Gewicht beigelegt wurde. Nunmehr wird den Gouvernementsgewerkschaftsräten anbefohlen, in erster Linie die beschleunigte Aufhebung der politischen Abteilungen bei den Verbänden der Eisenbahner und Wassertransportarbeiter zu betreiben. Ferner wird dem Zentralkomitee für Transportwesen eine dreitägige Frist vorgeschlagen, um zu dieser Maßregel Stellung zu nehmen und dem Zentralgewerkschaftsrat mitzuteilen. Es ist noch nicht bekannt, welche Vorgänge diesem plötzlichen Frontwechsel zugrunde liegen. Es hat den Anschein, als wenn unter den Transportarbeitern eine Bewegung im Gange gewesen sei, welche diese schleunige Maßregel notwendig gemacht hat.

Eine Rede Lenins.

Helsingfors, 22. Dezember. (T.E.) Aus der Rede, die Lenin auf der Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei in einem Moskauer Fabrikviertel gehalten hat, werden interessante Einzelheiten bekannt. Lenin ging auf die Angriffe der Opposition gegen den Bureaukratismus des Sowjetapparates ein. Er erklärte diesen von der Opposition erhobenen Vorwurf für einen leichtfertigen Standpunkt in dieser Frage. „Die Menschewisten und Sozialrevolutionäre — sagte er — wollen aus dieser Frage für sich Kapital schlagen. Sie werfen uns vor, daß wir es nicht verstünden, den Bureaukratismus im Sowjetapparat zu beseitigen. Sie heben hervor, daß „Lenin in diesem oder jenem Buch geschrieben habe, der Bureaukratismus werde unter dem neuen Regime verschwinden." Dies stimmt aber nicht. Lenin hat vielmehr gesagt, daß zur Veränderung der Lage vor allem nötig ist, daß der Arbeiter auf der Suche nach Brot seine Arbeitsstätte nicht verlasse und daß die Hunderttausende von Arbeitern die Schule der Arbeiter- und Bauerninspektion durchmachen und lernen den Staat zu regieren. Indessen funktioniert die Arbeiter- und Bauerninspektion erst seit einem Jahre. Wir müssen den notwendigen Apparat haben. Der Bureaukratismus ist zwar auch in den Parteiapparat eingedrungen. Dennoch darf man nicht „kritisieren", sondern muß mit der Tat kämpfen." Auf die Rede Lenins erwiderten eine Reihe von Rednern, die sich als „Arbeiterkommunistische" oder einfach als „Opposition" bezeichneten. Sie sprachen vom Bureaukratismus, von dem System der Zwangsmaßregeln, von den Versetzungen und Verschickungen der Arbeiter auf Grund von Anordnungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Hierauf erwiderte Lenin in gereizter Form, daß es den Kommunisten nicht anstehe, gegenstandslose Kritik an den Maßnahmen des Zentralkomitees zu üben und die Fachleute mit den Bourgeois in einen bürgerlichen Topf zu werfen. Er führte eine Reihe von Arbeitern an, die es verstanden hätten, im Einvernehmen mit den Fachleuten zu arbeiten. „Es geifern diejenigen", sagte er, „die bei der Arbeit nicht ihren Mann gestanden haben". Darauf wandte er sich gegen Schljapnikow, der seinerzeit als Vertreter der Gewerkschaften ins Ausland gereist und aus Schweden ausgewiesen worden war; er bezeichnete ihn als Vertreter der Opposition, die „Zwistigkeiten auszubrüten trachte". Schljapnikow machte uns zum Vorwurf, daß wir unsere Schuldigkeit der Bauernschaft gegenüber nicht tun, vertuscht aber seine eigene mißglückte Arbeit und stellt seine Kommandierung nach Archangelsk als Verschickung auf Anordnung des Zentralkomitees dar. „Wenn Ihr" — so schloß Lenin seine Rede — „Kritik ohne tatsächliche Grundlagen hört, so seid auf der Hut; hier ist vielleicht nur gekränkte Eigenliebe im Spiel."

•

Kopenhagen, 22. Dezember. Die bolschewistischen Zeitungen teilen mit, daß die bulgarische Regierung das Ersuchen Tschitscherins um Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland zurückgewiesen habe.

Pause in Brüssel.

Brüssel, 22. Dezember. (WTB.) **In der heutigen Sitzung der Sachverständigenkonferenz teilte Delacroix mit, daß es zur Feststellung der den alliierten Regierungen zu unterbreitenden Anträge erforderlich sei, die Arbeiten der Konferenz für zwei Wochen zu vertagen. Die Zeit soll dazu benutzt werden, die gegenwärtig im Gange befindlichen Untersuchungen zu Ende zu führen. Dabei soll nach der bisherigen Methode verfahren werden, indem jeder Berichterstatter mit den für die zu prüfende Frage zuständigen deutschen Sachverständigen in Fühlung bleibt.**

Staatssekretär Bergmann erklärte, die deutsche Delegation wisse die nicht vorbehaltlose Aufnahme (accueil reserve) zu würdigen, die ihren Bemerkungen seitens der alliierten Delegierten zuteil geworden sei, und erklärte sich mit dem für die Wiederaufnahme der Arbeit vorgeschlagenen Zeitpunkt einverstanden. Die deutschen Sachverständigen würden die Arbeit der Berichterstatter nach Möglichkeit fördern.

Delacroix forderte die beiderseitigen Delegierten auf, miteinander in Fühlung zu bleiben, um die Prüfung der behandelten Fragen zu erleichtern und seine Hilfe in Anspruch zu nehmen, sobald eine Zusammenarbeit sich als notwendig herausstelle.

Ententerat in Cannes.

Paris, 22. Dezember. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Der „Matin" meldet, daß Millerand, Lloyd George und Giolitti am 10. Januar in Cannes zusammentreffen werden, um über die deutsche Entschädigungs- und die österreichische Frage zu beraten.

rasendes Sinken des Papiergeldwertes zur Folge hätte. Wer soll ferner die hinterlegten Industriepapiere verwalten? Sollen sie im Eigentum der ausländischen Staaten verbleiben oder von ihnen wieder verkauft werden? In beiden Fällen würde der deutsche Kapitalbesitz mit wachsender Schnelligkeit in das Eigentum des Auslandes hinübergleiten, aber auch er würde nicht genügen, um die Forderungen der Entente zu decken.

In Voraussicht dieser Entwicklung will die „Times" der Wiedergutmachungskommission das Recht verleihen, beileibe nicht Steuern auf den Besitz, sondern nur neue indirekte Steuern Deutschland aufzuerlegen. Man erkennt darin die klare Fortsetzung eines durchaus zielbewußten Gedankenganges. Wenn nämlich der deutsche Kapitalist enteignet und mit wertlosen Papierzetteln entschädigt wird, und wenn der Ausländer in seinen realen Besitz eingesetzt wird, dann trifft die Besitzsteuer eben den Ausländer. Inländer kann man aber nur dadurch besteuern, daß man ihnen für ihre Arbeit ein möglichst geringes Entgelt bietet und ihren notwendigsten Verbrauch mit möglichst hohen Steuern belegt.

Der Vorschlag der „Times" läuft also darauf hinaus, Deutschland in den nächsten vierzig Jahren als eine Ententekolonie zu bewirtschaften. Darin aber liegt sein innerer Widerspruch. Entweder man kann einen Menschen als freien Vertragsgegner zu bestimmten Leistungen verpflichten, und dann muß man sich in den Grenzen des Möglichen halten, wenn man nicht seine Bücher unnütz mit uneinbringlichen Forderungen verzieren will. Oder aber man kann ihn zum Sklaven machen, aber dann trägt man auch das Risiko des Sklavenhalters. Der Sklave kann sterben, und dann ist, nach dem bekannten Wort Heines, das ganze Geschäft verdorben. Wenn die Entente Deutschland zu ihrer Kolonie machen wollte, so könnte sie zwar auf einen Ertrag von 265 Goldmilliarden in den nächsten vierzig Jahren hoffen, aber rechnen könnte sie mit ihm als vorsichtiger Geschäftsmann nicht. Was aus Kolonien wird, hängt davon ab, was man aus ihnen macht, wird mit ihnen Raubbau getrieben, so können sie am Ende sogar noch Geld kosten.

Den Politikern der „Times" würde schließlich auch das nichts ausmachen, denn ihr Ziel ist nicht die Wiedergutmachung der auf dem Kontinent angerichteten Kriegsschäden, sondern die endgültige Vernichtung der deutschen Wirtschaft zur höheren Glorie des englischen Kapitals. Es ist anzunehmen, daß die Brüsseler Ententevertreter anders denken und daß ihre Vorschläge daher auch anders ausfallen werden als die der „Times". Die Frage ist nur, wie groß der Unterschied sein wird. Und da kann allerdings die Sorge noch nicht als überwunden gelten, daß diese Vorschläge jenen der „Times" doch näher stehen könnten als dem, was man hierzulande für gerecht, billig und ausführbar hält. So erscheint auf dem Himmel der Brüsseler Verhandlungen, der in der Presse allzu rosig strahlt, der Artikel der „Times" als Warnungszeichen. Darin liegt für uns seine eigentliche Bedeutung.

Die deutschen Patente im Ausland.

Paris, 22. 12. (WTB.) Die Botschafterkonferenz hielt heute vormittag eine Sitzung ab. Sie hörte den Bericht der Interalliierten wirtschaftlichen Kommission über die Bestimmung des Artikels 307 des Versailler Friedensvertrages und entschied, daß alle in diesem Paragraphen festgesetzten Formalitäten und Fristen sich auch auf die Patentangelegenheiten erstrecken sollen.

Artikel 307 regelt die gewerblichen Eigentumsrechte der Staatsangehörigen der vertragschließenden Teile. Die Patente und Muster der deutschen Reichsangehörigen waren bisher ausdrücklich von dieser Regelung ausgeschlossen und unterlagen auch weiterhin den Kriegsvorschriften und den Bestimmungen des Versailler Vertrags. Der Raub, der während des Krieges an so manchem deutschen Patent verübt worden war, wurde durch die Klausel des Art. 307 indirekt sanktioniert. Nach dem vorliegenden Entscheid der Pariser Botschafterkonferenz treten nunmehr auch für die Patentangelegenheiten die Friedensvereinbarungen wieder in Kraft, und es wird möglich sein, die Fäden, die vor dem Kriege geknüpft wurden, wieder aufzunehmen.

Hohenzollern und Cumberland.

In Brüssel fanden Verhandlungen statt zwischen Vertretern der Siegerstaaten und solchen des unterlegenen und verarmten Deutschland. Endlich schien sich bei der Entente der Gedanke durchzusetzen, daß man dem Deutschen Reiche und dem deutschen Volke doch wenigstens etwas lassen müsse, damit es leben und seine Verpflichtungen erfüllen kann.

In Braunschweig kommt zur selben Zeit die Gesandtschaft des Cumberländers, um dem braunschweigischen Volke eine Rechnung zu präsentieren, die in die hunderte Millionen Goldmark geht. Als Rechtsanspruch! Und es findet sich die ganze bürgerliche Mitgliedschaft des Landtages in der Anerkennung zusammen, daß es sich tatsächlich um einen Rechtsanspruch handle, den man nur hinsichtlich seiner Einzelheiten prüfen lassen müsse! Demokraten und Deutschnationale — ein Herz und eine Seele für Goldmark-Millionen der Cumberländer!

Damit ist das ganze monarchische Problem plötzlich in seiner Nacktheit aufgerollt. Man muß den Dingen auf den Grund gehen, um die Ungeheuerlichkeit der Cumberländischen Forderung richtig zu würdigen. Daß Ernst August der Jüngere, der Schwiegersohn Wilhelms II. von Hohenzollern ist, ist nur ein Zufall und doch keiner. Wenn die Hohenzollern ihr „Privateigentum" vom preußischen Staate zurückverlangen, das sie durch alle möglichen Geschäftemacereien aus Allgemeinbesitz in Privatbesitz verwandelt hatten, so ist die Forderung schon an sich eine Provokation. Aber die Monarchisten in Preußen können wenigstens als Milderungsgrund für sich in Anspruch nehmen, daß die Hohenzollern seit Hunderten von Jahren mit Brandenburg-Preußen verknüpft waren, und daß in dieser Zeit manche Eigentumsmerkmale verwischt sein können.

Für Cumberland trifft aber selbst dieser Milderungsgrund nicht zu. Denn die gegenwärtig als „Herzöge" firmierenden Herrschaften sind in Braunschweig selbst nach streng monarchischem Prinzip nur Fremdlinge. Denn der letzte „rechtmäßige" Herzog von Braunschweig ist in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ohne Leibeserben gestorben. Die Cumberländer, die als eine verwandte Linie das Recht der Erbfolge für sich in Anspruch nahmen, wurden auf Betreiben Bismarcks von der Regierung ausgeschlossen, weil sie gleichzeitig Anspruch auf das von den Hohenzollern für Preußen annektierte Hannover machten. Jahrzehntelang hat Braunschweig sich in dem monarchischen Deutschland ohne einen „angestammten Landesvater" begnügen müssen, bis es endlich kurz vor dem Kriege gelang, den jungen Cumberländer mit der Tochter Wilhelms zu vermählen. Jetzt plötzlich konnte der junge Herr aus Gmunden „sein" Volk mit seiner Anwesenheit und die Hohenzollernfamilie mit seinem Reichtum beglücken. Die Domänen- und Kammergüter, die solange in ihren Einkünften für den Staat gesichert waren, wurden nun dem jungen Mann aus Oesterreich überwiesen, der außerdem auch als englischer Prinz Apanage aus England bezog.

Die deutsche Revolution hat die Fürsten dahin gejagt, wohin sie gehören, auf ihre Privatgüter. Daß sie heute die Stirn haben, wieder aufzutauchen und Forderungen zu stellen, wie nach Wilhelm jetzt sein Schwiegersohn es fertig bringt, ist ein trauriges Zeichen dafür, wieviel versäumt worden ist infolge der Uneinigkeit der Arbeiterklasse, die im November 1918 die historische Mission hatte, Deutschland neu zu fundieren. Doch die Forderungen an sich, so ungeheuerlich sie sind, werden in ihrer Kühnheit noch übertroffen durch die Bereitwilligkeit, mit der die bürgerlichen Parteien sich zu dienstwilligen Schleppenträgern der monarchischen Anmaßung machen.

Das „Haus Cumberland" hat auf die Besitztümer in Braunschweig keinen anderen Anspruch, als höchstens den der fantiliären Vererbung nach altem bürgerlichen Recht. Daß die Revolution mit der Monarchie auch ihre besonderen „Rechte" beseitigt hat, sollte Allgemeingut des Volkes sein. Aber das Vertrauen der deutschen Monarchisten in die deutsche Rechtsprechung ist bereits soweit gesteigert, daß die Cumberländer mit Gerichtsverfahren und „einstweiliger Verfügung" gegen den Braunschweiger Freistaat drohen können. Wir sind leider nicht in der Lage anzunehmen, daß dieses monarchistische Vertrauen in die Richter der — Republik unbegründet wäre.

Das Koalitionsrecht der Soldaten.

Der Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten schreibt uns:

Im „8-Uhr-Abendblatt" vom 21. Dezember 1920 äußert Reichswehrminister Dr. Geßler „Gedanken zum Wiederaufbau des Heeres". Die Gewährung des uneingeschränkten wirtschaftlichen Koalitionsrechtes an die Wehrmacht lehnt der Herr Minister mit der Begründung ab, daß „volles wirtschaftliches Koalitionsrecht das Streikrecht bedingen" würde und „der Weg, den eine Heeresgewerkschaft gehen würde, nach den Erfahrungen, die andere Zweige und andere Länder bereits gemacht haben, klar sei".

Diese Darstellung des Herrn Ministers, die er in letzter Zeit auch an anderen bemerkenswerten Stellen der Oeffentlichkeit gegeben hat, ist geeignet, ein unzutreffendes Urteil über die bestehende Wirtschaftsorganisation der Wehrmacht, den R. d. B., in der Oeffentlichkeit entstehen zu lassen. Aus diesem Grunde sieht sich der Verband veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß er seine Aufgabe der wirtschaftlichen und kulturellen Ertüchtigung der Wehrmachtsangehörigen auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe unter bewußtem programmatischen Verzicht auf alle gewerkschaftlichen Tendenzen und Kampfmittel zu erfüllen bestrebt ist und daß der Herr Reichswehrminister selbst noch im April dieses Jahres auf dieser Grundlage ein Zusammenarbeiten mit dem Verband den Dienststellen zur Pflicht gemacht hat. Diese Tatsachen läßt der Herr Minister außer acht, wenn er nunmehr sich die Gründe der entschiedenen Gegner jedes Bundgedankens im Heere zu eigen macht, die aus engstirniger Voreingenommenheit den wirtschaftlichen Koalitionsgedanken als unvereinbar mit dem Soldatenberufe verurteilen.

Bei der vom Herrn Minister zum Ausdruck gebrachten prinzipiellen Gegnerschaft gegen den wirtschaftlichen Koalitionsgedanken wird natürlich die Unterstellung der wirtschaftlichen Koalitionsfreiheit unter den Herrn Wehrminister die letztere praktisch völlig bedeutungslos. Die Erfahrung der letzten Wochen hat gelehrt, daß der Herr Minister sämtliche Verbote und Einschränkungen des Koalitionsrechtes seitens der Dienststellen aus grundsätzlich ablehnenden Erwägungen heraus deckt. Der R.d.B. erwartet vom Deutschen Reichstag, dem nach der Reichsverfassung die alleinige Entscheidung über eine Einschränkung der Grundrechte der Wehrmachtsangehörigen zusteht, eine den objektiv und vorurteilslos gesehenen Tatsachen Rechnung tragende Regelung der Frage. Die öffentliche Erörterung der Frage in den letzten Wochen hat ergeben, daß sowohl namhafte Politiker aller Parteien, wie auch weite Kreise des deutschen Volkes in vollem Gegensatz zu der Auffassung des Herrn Wehrministers stehen (so u. a. auch der demokratische Abgeordnete Heile Red. d. V.) und unserer Organisation und ihrem Programm vollste Sympathie bezeugen.

Zum Breslauer Streik. Der Magistrat von Breslau hat gestern dem Spruch des Schlichtungsausschusses, den die städtischen Arbeiter bereits angenommen hatten, zugestimmt. Die nötigen Mittel sollen durch eine abermalige Erhöhung des Gaspreises aufgebracht werden. Die strafrechtliche Verfolgung der für den wilden Streik Verantwortlichen ist in die Wege geleitet.

Der Ausspruch.

Als der große Sturmangriff von Höhe 471 bis zur Husarenschanze auf einer Front von 25 Kilometer durchgedrungen war, sagte der berühmte Feldherr zu seinem Stabschef: „Die Sache ist ins Rutschen gekommen." Der Stabschef beeilte sich, diesen Ausspruch seinem Adjudanten mitzuteilen, von diesem erfuhr ihn der Graf Klee, der Verwalter des Offizierkasinos und von diesem der Küchenunteroffizier Mamulattke. Diesem aber entlockte mit Hilfe einer Dreidiertelliterflasche Kognak sein Wissen der Kriegsberichterstatter Ottokar Weiberrock und telephonierte hochbeglückt die neue Sentenz an die von ihm bediente Tageszeitungen.

Allerdings hatte der Ausspruch auf seinem Wege bis zu Ottokar Weiberrock bereits einige Veränderungen erfahren. Hatte der Unteroffizier Mamulattke seine Kenntnis nur einem kleinen Sektrausch seines Vorgesetzten zu verdanken, so wirkte auf ihn selber die genossene Dosis Kognak derart, daß seine historische Wahrheitsliebe darunter litt und sich ein zartes Ausschmückungsbedürfnis bei ihm geltend machte. Außerdem hatte er eine dunkle Ahnung, daß, je länger er den Ausspruch fabrizierte, desto ansehnlicher sich seine Gratifikation gestalten würde. Leider aber beherrschte Mamulattke kein anderes Deutsch als das ihm in dreizehnjähriger Kommißtätigkeit anerzogene. Und so lautete der Ausspruch in seiner Version: „Die Seife hatte sich festgefahren, ist aber jetzt ins Rutschen gekommen." So berichtete wortgetreu Ottokar Weiberrock an sieben ordnungsliebende Tageszeitungen.

Die Wirkung war eine ungemein erhebende. Tagelang hörte man auf den Straßen nichts weiter als „Die Seife hatte sich festgefahren, ist aber nun ins Rutschen gekommen." An allen Biertischen wurde dieser Ausspruch mit siegestrunkenem Ernst disputiert, analysiert und kommentiert.

Zu einer bedeutsamen Würdigung des Ausspruches entschloß sich der bekannte Literaturhistoriker Professor Kröte. Er schrieb: „Unser Feldherr ist nicht nur ein militärisches, sondern auch ein Sprachgenie. Seit Martin Luther haben wir keine ähnlich markigen, sprachbildenden Sätze gehört. Die bekanntesten Zitate eines Goethe und Schiller verblassen gegen diese wortgewaltigen Wendungen. Die ins Rutschen gekommene Seife! Wie anschaulich, wie volkstümlich, wie plastisch ist das hingestellt. Der vielgeschmähte Militarismus zeigt sich nicht nur als staatserhaltende, sondern auch als spracherhaltende Macht. Deshalb dürfen wir Belgien unter keinen Umständen herausgeben."

Der Professor der Physik Reidborn schloß sich seinem Kollegen von der andern Fakultät an. Er schrieb: Gänzlich neue Bewegungsvorgänge hat uns der Ausspruch des großen Feldherrn gelehrt. Er zeigt, daß alle Bewegungen auf die denkbar einfachste und natürlichste Weise vorgehen. Die kontusen Theorien des Juden Einstein sind durch den Ausspruch unseres Feldherrn ein für allemal widerlegt. Denn nach der Relativitätstheorie wäre es unmöglich, daß die Seife sich festfährt, dann aber ins Rutschen gerät. Außerdem ist Einstein Kommunist.

Der Ausspruch bürgerte sich bald in den Kreisen der hohen und höchsten Gesellschaft ein. Ein Hoffräulein, dem das Unglück passierte, während der Hoftafel ein höchstwerschwiegenes aber notwendiges Kleidungsstück zu verlieren, sagte neckisch zu ihrem Nachbar: „Die Seife ist ins Rutschen gekommen", was viel Anlaß zu Heiterkeit und Mutwillen gab.

Einzig und allein trauerten die Seifenhändler. Welch Bombenreklame hätte sie mit dem Wort des Feldherrn für ihren Artikel machen können. Aber gerade damals war die Seife total ausgegangen und die Tonklumpen, die als K.A.-Ersatz dafür feilgeboten wurden, waren eine so sandige und körnige Masse, daß an ihr Rutschen selbst der gläubigste Patriot nicht geglaubt hätte.

Leider muß noch berichtet werden, daß der Küchenunteroffizier Mamulattke kurze Zeit darauf in einer Irrenanstalt untergebracht wurde. Die Aerzte stritten lange darüber, ob hier ein Fall von Säuferwahnsinn oder plötzlich ausgebrochenem Größenwahn vorlag. Schließlich einigte man sich auf Säuferwahnsinn, da für den Größenwahnsinn keine genügende Erklärung vorhanden schien.

Mich. von Lindenhecken.

Deutsches Theater: Cäsar und Kleopatra von Bernard Shaw. Die Briten mißhandeln das irische Volk, und der irische Dichter Bernard Shaw rächt sich, indem er die politische Aufgeblasenheit der Insulaner verspottet, unter der er leben muß. Die weltbistorische Posse von Cäsar und Kleopatra wurde vor mehr als einem Jahrzehnt in Berlin gespielt. Ihre Witze wirken heute noch zündend, das Heldentum, das entlarvt werden soll, erscheint heute noch gebräuchlicher als in friedlichen Zeiten. Aber Shaw ist in Cäsar, den Kugen Eroberer, den weltsichtigen Staatsmann und heiteren Lebemann, doch etwas verliebt. Er will ihn durchaus nicht lächerlich machen. Er will nur zeigen, daß all seine Nachahmer, die kleinen Cäsaren, den Spott des Weltbeerobrers verdienen. Köstlich ist diese Kleopatra, die noch ein Backfisch ist, die sich an den Busen der Sphinx flüchtet, weil sie fürchtet, von den Römern aufgefressen zu werden, und die zum Schlusse doch schon auf die Lubertugenden hinweist, die einst ihre Unsterblichkeit begründen werden.

Die Aufführung des Deutschen Theaters war lustig und geistsprühend. Die Sphinx stand mächtig und gespenstisch vor dem violetten Wüstenhorizont, und die elektrischen Lichter, die in dem Schädel des Fabeltieres aufflammten, zeigten trotzdem, daß es sich um einen mächtigen Hakuspokus handelte. Ein märchenhafteres Aegypten war in Prunkkälen, Frauengemächern und zyklopischen Hafenmauern aufgebaut.

Zum Glück war die Kleopatra keine Schauspielerin, die nur mit äußerlichen Mitteln Kindlichkeit heuchelt. Fräulein Eckersberg spielt mit wirklicher Jugend und einer schmachtenden Unbesonnenheit, zum Schlusse zeigt sie aber doch so viel weiblichen Reiz, daß man ihr die Zukunft der verlockenden Kleopatra wohl glauben mag. Werner Krauß spielte den Cäsar mit schwerem pathetischen Auftakt, aber er fand sich sogleich in die Diplomatie des vergnügten Weltenerobrers und Weisen hinein. Die ägyptische Reichsamme wurde einstmals von Hilde Wangel gegeben, heute erhielt die Rolle Frau Timig-Senders, die den Ruf einer trefflichen Komikerin von Wien mitbringt. Sie nahm ihre Rolle beinahe zu massiv, beinahe zu majestätisch. Diegelmann, Gülstorff, Döblin wirkten tapfer und unterhaltsam mit. Besonders zu erwähnen ist der kleine Peter Eysoldt, der trotz seiner acht Jahre schon ein gewandter und natürlicher, die Dressur keineswegs verratender Schauspieler geworden ist.

Max Hochdorf.

Der biologische Wert der Töchter. Der Weltkrieg hat unzählige Familien auf der ganzen Welt ihres Stammhalters beraubt. Nach der herkömmlichen Ansicht müßte nun in solchen Fällen ein Aussterben der betr. Familien besonders auch insofern eintreten, als die Talente der letzten Namensträger nunmehr nicht mehr weiter vererbt werden können. Für diese Ansicht besteht jedoch nach den in der „Aerztlichen Rundschau" dargelegten Ausführungen des Zoologen Haecker kein triftiger Grund. Die Frage, „ob die starke Betonung des Vater-Sohn-Verhältnisses im Erbrecht, in der Namengebung und in der ganzen Entwicklung des Familienbegriffs" berechtigt ist, muß vom biologischen Standpunkt aus verneint werden. Die neuesten Untersuchungsergebnisse der Vererbungsforschung haben gezeigt, daß das von den Vorfahren auf die Kinder vererbte Keimgut durchaus nicht nur in den Söhnen fortwirkt, sondern genau so auch in den Töchtern liegt und somit auch durch sie fortgepflanzt werden kann. Diese Tatsache ist besonders dann wichtig, wenn ein hervorragender Mann stirbt, ohne männliche Nachkommen zu hinterlassen, während er eine oder mehrere Töchter hat. Denn seine Talente können sich natürlich in den Töchtern ebenso fortentfalten, wie in den Söhnen. „Das Verschwinden eines berühmten Namens aus der Welt- oder Kulturgeschichte," sagt denn auch Haecker, „ist also, wofern die Töchter oder Tochterkinder am Leben geblieben sind, biologisch nur von untergeordneter Bedeutung."

Ebensowenig berechtigt ist auch die Annahme, daß als Folge des Aussterbens der männlichen Mitglieder der Familie bei den nächsten Generationen nunmehr ein Verfall eintreten müsse; denn auch für diese Voraussetzung liefert uns die gegenwärtige Vererbungsforschung keinen Beweis.

Kunstchronik. Die Herbstausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz ist auch an den beiden Weihnachtstagen von 10—5 Uhr, am 24. Dezember von 10—3 Uhr geöffnet. Sie wird am 28. Dezember 5 Uhr geschlossen.

Die teuren Staatstheaterprogramme, die jetzt 1,50 M. kosten, haben zu Beschwerden geführt. Man hat die Sache untersucht und gefunden, es geht nicht billiger. Bei einfacherer Ausstattung würde es gewiß gehen, und dieser Weg, der „bereits erwogen" wird, sollte flugs beschritten werden.

Kunst und Wirtschaft. Die wirtschaftliche Organisation der bildenden Künstler geht jetzt energisch vorwärts. Die „Wirtschaftlichen Verbände bildender Künstler" haben sich eine gemeinsame „Schutzstelle für Urheber-, Verlags- und Steuerrecht" geschaffen und sich zu einem Reichsverband zusammengeschlossen. Den inneren Zusammenhalt wird eine neugegründete Monatsschrift „Kunst und Wirtschaft" pflegen. Schriftleiter ist Fritz Heilmann in Berlin-Zehlendorf.

„Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts" heißt eine sehr interessante Abhandlung des bekannten Schulreformers Dr. Siegfried Kawerau, die jetzt im Verlage Neues Vaterland, Berlin, Kurfürstenstraße (Preis 5 M.), erscheint. Paul Oestreich gab ihr ein Vorwort. Sie durchmustert die deutsche Literatur als Quell historisch-soziologischer Einsicht.

Der Anteil der „Hunnen" an den Nobelpreisen. Es ist nun 20 Jahre her, seit das Nobelinstitut gegründet wurde, und in diesem Zeitraum sind Preise an 101 Persönlichkeiten der Kunst und Wissenschaft zur Verteilung gelangt. Die Deutschen stehen an der Spitze. Von den 101 Preisträgern waren 23 Deutsche, 20 Franzosen, 9 Engländer, 1 Schotte, 1 Inder, 8 Schweizer, 6 Amerikaner, 6 Schweden, 4 Dänen und 4 Holländer. Weitere Preise erhielten auf Belgien, Norwegen, Rußland, Spanien, Italien und Polen.

Groß-Berlin

Zur Wahl des Oberbürgermeisters.

Die „Freiheit" sucht der rechtssozialistischen Stadtverordnetenfraktion nochmals die Schwere der Verantwortung vor Augen zu führen für den Fall, daß der Kämmerer Böß zum Oberbürgermeister gewählt würde. Sie macht gegen Böß geltend, daß er ein Feind der Sozialisierung und ein Mann wäre, der großzügigen Ideen nicht zugänglich sei. Böß habe auch in den letzten Monaten die Fort- und Ausführung der beschlossenen Notstandsarbeiten verhindert.

Die von der „Freiheit" gegen Böß erhobenen Einwände sind nicht neu, sie wurden von den Unabhängigen bereits geltend gemacht, als derselbe für das Amt als Stadtkämmerer von unserer Fraktion vorgeschlagen wurde. Unsere Vertreter haben damals mit Nachdruck betont, daß sie im Zusammenarbeiten mit dem Kämmerer Böß die Auffassung gewonnen hätten, daß derselbe den sozialen Erfordernissen unserer Zeit durchaus verständnisvoll gegenübersteht. Die Abneigung der Unabhängigen gegen den in Vorschlag Gebrachten sei nur zu erklären, weil derselbe wiederholt in der Stadtverordnetenversammlung scharf Stellung genommen habe. Das sei aber kein Grund, einen sonst tüchtigen Mann abzulehnen.

Mit keinem Wort geht die „Freiheit" auf unsere Feststellung ein, daß die Unabhängigen die seinerzeit getroffenen Abmachungen, den Kandidaten in gemeinsamem Einverständnis zu nominieren, gebrochen haben. Es ist uns seinerzeit gar nicht eingefallen, in Dr. Weyl den Anwärter für den Oberbürgermeisterposten zu sehen, wir haben lediglich betont, daß den Unabhängigen als der stärksten Fraktion dieser Posten zusteht. Wenn zwar das unabhängige Blatt betont, daß durch die Wahl von Böß zum Oberbürgermeister der Kommunalsozialismus in der schwersten Weise geschädigt werde, so halten wir diesen Einwand für eine maßlose Uebertreibung und nicht zuletzt sehen wir darin ein Armutszeugnis für den in seiner Mehrheit aus Sozialisten bestehenden Magistrat.

Ist die Wohnungsluxussteuer rechtlich zulässig?

Die der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung unterbreitete Vorlage über die Erhebung einer Wohnungsluxussteuer wird im „Berliner Tageblatt" von einem Juristen Dr. Wiesner als eine solche bezeichnet, welcher die rechtlichen Grundlagen fehlen. Für die Erhebung von Steuern und Abgaben durch die Gemeinde gelte in Preußen auch jetzt noch das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893. § 23 Absatz 3 dieses Gesetzes verbiete ausdrücklich die Neueinführung von Miet- und Wohnungssteuern.

Wir können nicht finden, daß die vom Magistrat geplante Steuer eine Wohnungssteuer schlechthin darstellt; die Vorlage läßt ausdrücklich den notwendigen Wohnungsbedarf steuerfrei und unterwirft nur den Wohnungsluxus, das heißt einen in Anbetracht der beispiellosen Wohnungsnot vorhandenen übermäßigen Wohnungsaufwand der Besteuerung. Wir können uns nicht denken, daß die Stadt Berlin an dieser Maßnahme gehindert werden soll.

Die Hausangestelltensteuer.

Aus Anlaß der projektierten Hausangestelltensteuer erhalten wir von der Vertreterin der Hausangestellten-Organisation, Luise Kähler, folgende Zuschrift:

„Alljährlich um die Weihnachtszeit zeigen die Statistiken der Arbeitsnachweise eine Erhöhung der Arbeitslosenziffern der Hausangestellten. Das erklärt sich daraus, daß man auf Arbeitgeberseite das Weihnachtsgeschenk der Hausangestellten sparen will. Der Magistrat Berlin liefert — wenn auch ungewollt — diesen „Herrschaften" nun mit der neuen Hausangestelltensteuer guten Vorwand zur Kündigung der Hausangestellten zum Weihnachtsfest. Bisher glaubte man, daß wenigstens der Arbeitsnachweis darin objektiv urteilen würde. Statt dessen wird von dieser Seite betont, daß eine Menge Hausangestellten heute schon auf Grund der Beratung der neuen Steuer arbeitslos geworden sind. Dabei dürften seine Statistiken gerade für die Monate Dezember beweisen, daß es sich hier darum dreht, die Hausangestellten zu entlassen, um sie nicht zu beschenken, denn wer kann jetzt, wo man eben erst beginnt, Ernst mit der Steuer zu machen, unter Innehaltung der Kündigungszeit schon arbeitslos sein.

Die Forderung der organisierten Hausangestellten wird deshalb auch immer lauter und dringender, daß man das Weihnachtsgeschenk abschaffen soll. Die Summe, die heut allgemein für ein Weihnachtsgeschenk eingesetzt wird, beträgt 100 M. oder täglich 27 Pf. Ist es da überhaupt nicht gerechter, diese Summe dem Gehalt hinzuzurechnen? Denn eine Hausangestellte, die zum Beispiel am 1. Januar ihre Stellung angetreten hat und am 1. Dezember entlassen wird, geht dieser Vergütung doch verlustig.

Bürgerliche Blätter bringen längere Artikel, in denen geklagt wird, daß kranke und unbemittelte Haushaltungen schwer von der Hausangestelltensteuer getroffen werden, dabei wird ganz überlesen, daß die Steuervorlage bereits alle Vergünstigungen vorsieht. Andererseits wird gerade von den Hausfrauen betont, daß eine Hausangestellte heute schon im Jahr über 5000 M. kostet. Ich werfe darum die Frage auf — fallen die 100 M. Steuern jährlich dann noch ins Gewicht? Eine zweite Frage wäre, wird der Mittelstand geschädigt bei Beschäftigung einer zweiten Hausangestellten und bei Zahlung von 500 Mark Steuern? Ich sage nein, denn Haushaltungen, die zwei und mehr Hausangestellten beschäftigen, gehören nicht zum Mittelstand.

Nicht zu verstehen ist, weshalb der Magistrat bei Beschäftigung einer dritten Hausangestellten 1000 Mark, bei einer vierten jedoch nur noch 500 Mark mehr in Ansatz bringt. Will er gerecht sein, dann mag er da zufassen und von der dritten Hausangestellten an eine gleichmäßige Mehrbelastung vornehmen.

Den Hausangestellten mag aber zur Kenntnis dienen, daß derselbe Protest der Hausfrauen 1913 bei Einführung der Krankenversicherungspflicht für Hausangestellte erhoben wurde. Auch da wollte man die Hausangestellten entlassen, wenn sie der allgemeinen Ortskrankenkasse eingegliedert würden, weil die Beiträge höher waren als im Abonnementverein. So wie damals wird auch diesmal der Sturm vorübergehen, denn jeder Gerechtdenkende kann die Erschließung der neuen Steuerquelle als Kündigungsgrund nicht gelten lassen.

Der Leichenfund in der Blücherstraße.

Der in dem möblierten Zimmer des 35 Jahre alten Schauspielers Hermann Kliez in der Blücherstr. 49 aufgefundene Tote ist festgestellt worden als der Reiter Wilhelm Heinz II vom Reiterregiment 4 in Potsdam. Dort wurde der Soldat bereits seit einigen Tagen vermißt und angenommen, daß er fahnenflüchtig geworden sei. Die gerichtsärztliche Untersuchung der Leiche am Fundort durch den Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch gab keine bestimmten Anhaltspunkte dafür, ob Heinz erschossen worden ist oder selbst Hand an sich gelegt hat. Die Schußwunde befindet sich an der rechten Kopfseite, in der Nähe der Schläfe. Nach der Darstellung des Kliez soll sich Heinz im Bette liegend erschossen haben. Bei einer genauen Untersuchung der Bettwäsche wurden auch noch einige Blutspritzer daran gefunden. Bei der Durchsuchung des Zimmers wurden unter dem Bett versteckt ein Rucksack und eine Markttasche gefunden, die beide mit Weinflaschen gefüllt waren. Der Wein wurde beschlagnahmt. Kliez hatte die Absicht, Berlin zu verlassen und nach Oberschlesien zu gehen. Angeblich hatte er dort ein Engagement erhalten. Unter dieser Angabe hat er sich auch am Montag einen Paß für die Reise nach Oberschlesien ausstellen lassen.

Zur Arbeitslosenfrage.

Im Berliner Rathause tagte am Mittwoch abend die am Dienstag gewählte Kommission unter dem Vorsitz des Stadtrats Weise zur Vorberatung des schon mitgeteilten Antrages der Stadtverordneten Gäbel und Genossen (Komm.), den Erwerbslosen bzw. Arbeitslosen sofort und noch vor Weihnachten als einmalige Unterstützung 500 M. bzw. 800 M. zu zahlen und zu den bestehenden Unterstützungssätzen bis auf weiteres bzw. bis zur Neuregelung des Unterstützungswesens einen Zuschlag von 100 Proz. zu leisten. Nach mehrstündiger eingehender Beratung wurde beschlossen, eine Kommission von drei Mitgliedern zu beauftragen, heute (Donnerstag) mit der Reichsregierung zu unterhandeln über die von den Gewerkschaften schon verlangten Unterstützungssätze. Bewilligt die Reichsregierung die geforderten Sätze, dann sollen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ersucht werden, ein Sechstel sofort zu bewilligen und dieses Sechstel unverzüglich möglichst noch vor Weihnachten auszuzahlen. Die Kommunisten waren hiermit einverstanden und zogen daraufhin ihren Antrag zurück. Die Reichsgewerkschaft verlangt eine allgemeine Erhöhung des beweglichen Teuerungszuschlages um 25 Proz. Für die Arbeiter liegt eine gemeinsame Forderung der Tarifkommission vor, den beweglichen Teuerungszuschlag allgemein um eine Mark zu erhöhen.

Von der Kommission war folgender Dringlichkeitsantrag gestellt worden: „Bis zur endgültigen tariflichen Regelung der Lohn- und Gehaltsfragen der bei der Stadtgemeinde Berlin beschäftigten Arbeiter und Angestellten wird der Magistrat ersucht, sofort eine Abschlagssumme an alle Arbeiter und Angestellten zur Auszahlung zu bringen.

Die städtischen Bureaus und Kassen werden am Weihnachtsheiligabend mittags um 1 Uhr geschlossen. Die Verkehrsstunden der Sparkasse für das Publikum währen an diesem Tage bis 12 Uhr. Auch am 27. d. Mts. bleibt die Sparkasse für den Verkehr für das Publikum gänzlich geschlossen.

Einlösung von Anteilscheinen zur Kriegsanleihe. Die von der Berliner Stadtsparkasse ausgegebenen Anteilscheine zu 1, 5, 10 und 20 M. werden bis Ende dieses Jahres in dem Anteilscheinbureau, Poststr. 5, werktäglich in der Zeit von 9—2 Uhr zum Nennwert zuzüglich 5 Proz. Zinsen eingelöst. Hierzu ist die Vorlage des Anteilscheines zusammen mit dem Ausweisschein erforderlich.

Karl Wücke wurde gestern mittag auf dem Neukölner Gemeindefriedhof unter zahlreicher Beteiligung zur letzten Ruhe bestattet. In der Halle würdigte Gen. Kahn in zu Herzen gehenden Worten das Wirken des Verstorbenen im Interesse der Arbeiterklasse, und am Grabe gedachten die Vertreter der Organisation, der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, sowie der ehemaligen Neukölner Stadtverordnetenversammlung der rastlosen Hingabe Wückes für die Interessen der Gesamtheit. Leider ist unser Freund zu früh in das Reich der Toten gegangen, denn durch sein Hinscheiden ist nicht nur unserer bewegten Zeit ein treuer Kampfgenosse, sondern seiner lieben Gattin nebst zwei kleinen Kindern auch ein sorgendes Familienhaupt entrissen worden.

Das Mitglied der amerikanischen Quäkerkommission Artur Parsons aus Massachusetts — Nordamerika — ist unerwartet nach kurzer Krankheit gestorben. Parsons war bis zum Beginn seiner Erkrankung Leiter der von den Quäkern eingerichteten Studentenspeisung. Seit April d. J. hat er die Studentenspeisung in Berlin und die Gesamtorganisation für Deutschland bearbeitet. Während an der Berliner Universität und Technischen Hochschule etwa 650 Studierende an der Speisung beteiligt sind, beträgt die Gesamtzahl an allen Universitäten und Hochschulen Deutschlands zurzeit etwa 14000. Nachdem vom Januar nächsten Jahres an sämtliche deutschen Universitäten und Hochschulen in die Speisung einbezogen sein werden, wird sich die Zahl der Teilnehmer an den Speisungen allmählich auf 20000 erhöhen. Artur Parsons, der von Hause aus Oberlehrer war, und der nur ein Alter von 31 Jahren erreichte, hat sich der Organisation dieses großen Liebeswerkes nicht nur mit aufopfernder und unermüdlicher Hingabe gewidmet, er bleibt auch allen, die die Freude hatten, mit ihm zusammen zu arbeiten, besonders auch den an der Arbeit mitbeteiligten Stellen der Berliner städtischen Verwaltung durch seine gütige, liebenswerte und bescheidene Persönlichkeit in dankbarer Erinnerung. Zu der gestern auf dem Luisenstädtischen Kirchhof erfolgten Beisetzung hatte der Magistrat Frau Stadträtin Weyl als Vertreterin entsendet.

Ein Weihnachtstisch für Kinder von Arbeitslosen wurde vom Zentralverband der Angestellten am Mittwoch in Haverlands Festsälen hergerichtet. In dem großen Saal begrüßte die Gäste ein strahlender Weihnachtsbaum von stattlicher Höhe. 350 Kinder arbeitsloser Kollegen, eine Auswahl der bedürftigsten, ließen erwartungsvoll sich an den festlich geschmückten Tafeln nieder, wo für jedes Kind ein Tellerchen mit Kuchen und ein großer Teller mit Aepfeln, Haselnüssen und Weihnachtsgebäck bereit stand. Jedes Kind durfte einen Erwachsenen mitbringen, und das taten viele, so daß noch etwa 200 Angehörige an der Bewirtung mit Kakao und Kuchen teilnahmen. Vor Ueberreichung der Weihnachtsspenden fand eine hübsche Weihnachtsfeier statt, die aus Konzert (Klavier und Streichinstrumente), einer Festrede und unterhaltenden Vorträgen bestand. In ihrer Rede hob Grete Weinberg hervor, daß hier kleine Gaben mit großer Liebe gespendet werden aus Mitteln, die das Proletariat selber für die Kinder des Proletariats zusammen-

---

10] **Die drei gerechten Kammacher.**

Von Gottfried Keller.

Viele haben mich begehrt, die meiner nicht wert waren, und nun auf einmal sehe ich drei würdige Junggesellen um mich versammelt, von denen ein jeder gleich wert wäre, mich zu besitzen! Bemesset danach, wie mein Herz in diesem wunderbaren Ueberflusse schmachten muß, und nehmet Euch jeder ein Beispiel an mir und, denket Euch, jeder wäre von drei gleich werten Jungfrauen umblühet, die sein begehrten, und er könnte sich um deswillen zu keiner hinneigen und gar keine bekommen! Stellt Euch doch recht lebhaft vor, um jeden von Euch buhleten drei Jungfern Bünzlin, und säßen so um Euch her, gekleidet wie ich und von gleichem Ansehen, so daß ich gleichsam vervielfacht hier vorhanden wäre und Euch von allen Seiten anblickte und nach Euch schmachtete! Tut Ihr dies?"

Die wackeren Gesellen hörten verwundert auf zu kauen und studierten mit einfältigen Gesichtern, die seltsame Aufgabe zu lösen. Das Schwäblein kam zuerst damit zustande und rief mit lüsternem Gesicht: „Ja, werteste Jungfer Züs! Wenn Sie es denn gütigst erlauben, so sehe ich Sie nicht nur dreifach, sondern verhundertfacht um mich herumschweben und mich mit huldreichen Aeuglein anblicken und mir tausend Küßlein anbieten!"

„Nicht doch!" sagte Züs unwillig verweisend, „nicht in so ungehöriger und übertriebener Weise! Was fällt Ihnen denn ein, unbescheidener Dietrich? Nicht hundertfach und nicht Küßlein anbietend, habe ich es erlaubt, sondern nur dreifach für jeden und in züchtiger und ehrbarer Manier, daß mir nichts zu nahe geschieht!"

„Ja," rief jetzt endlich Jobst und zeigte mit einem abgenagten Birnenstiel um sich her, „nur dreifach, aber in größter Ehrbarkeit sehe ich die liebste Jungfer Bünzli um mich her spazieren und mir wohlwollend zuwinken, indem sie die Hand aufs Herz legt! Ich danke sehr, danke, danke ergebenst!" sagte er schmunzelnd, sich nach drei Seiten verneigend, als ob er wirklich die Erscheinungen sähe. „So ist's recht," sagte Züs lächelnd, „wenn irgend ein Unterschied zwischen Euch besteht, so seid Ihr doch der Begabteste, lieber Jobst, wenigstens der Verständigste!" Der Bauer Fridolin war immer noch nicht fertig mit seiner Vorstellung, da er aber den Jobst so loben hörte, wurde es ihm angst und er rief eilig: „Ich sehe auch die liebste Jungfrau Bünzli dreifach um mich her spazieren in größter Ehrbarkeit und mir wollüstig zuwinken, indem sie die Hand auf —"

„Pfui, Bauer!" schrie Züs und wandte das Gesicht ab, „nicht ein Wort weiter! Woher nehmen Sie den Mut, von mir in so wüsten Worten zu reden und sich solche Sauereien einzubilden? Pfui, pfui!" Der arme Bauer war wie vom Donner gerührt und wurde glühend rot, ohne zu wissen wofür; denn er hatte sich gar nichts eingebildet und nur ungefähr dem Klange nach gesagt, was er von Jobsten gehört, da er gesehen, wie dieser für seine Rede belobt worden. Züs wandte sich wieder zu Dietrich und sagte: „Nun, lieber Dietrich, haben Sie's noch nicht auf eine etwas bescheidenere Art zuwege gebracht?" „Ja, mit Ihrer Erlaubnis," erwiderte er, froh, wieder angeredet zu werden, „ich erblicke Sie jetzt nur dreimal um mich her, freundlich, aber anständig mich anschauend und mir drei weiße Hände bietend, welche ich küsse!"

„Gut denn!" sagte Züs, „und Sie Fridolin? Sind Sie noch nicht von Ihrer Abirrung zurückgekehrt? Kann sich Ihr ungestümes Blut noch nicht zu einer wohlanständigen Vorstellung beruhigen?" „Um Vergebung!" sagte Fridolin kleinlaut, „ich glaube jetzt drei Jungfern zu sehen, die mir gedörrte Birnen anbieten und mir nicht abgeneigt scheinen. Es ist keine schöner, als die andere, und die Wahl unter ihnen scheint mir ein bitteres Kraut zu sein."

„Nun also," sprach Züs, „da Ihr in Eurer Einbildungskraft von neun solchen ganz gleich werten Personen umgeben seid und in diesem liebreizenden Ueberflusse dennoch Mangel in Eurem Herzen leidet, ermesset danach meinen eigenen Zustand; und wie Ihr an mir sahet, daß ich mich weisen und bescheidenen Herzens zu fassen weiß, so nehmet doch ein Beispiel an meiner Stärke und gelobet mir und Euch untereinander, Euch ferner zu vertragen und, wie ich liebevoll von Euch scheide, Euch ebenso liebevoll voneinander zu trennen, wie auch das Schicksal, das Eurer wartet, entscheiden möge! So leget denn alle Eure Hände zusammen in meine Hand und gelobt es!"

„Ja, wahrhaftig," rief Jobst, „ich will es wenigstens tun, an mir soll's nicht fehlen!" und die andern zwei riefen eiligst: „An mir auch nicht, an mir auch nicht!" und sie legten alle die Hände zusammen, wobei sich jedoch jeder vornahm, auf alle Fälle zu springen, so gut er vermöchte. „An mir soll es wahrhaftig nicht fehlen!" wiederholte Jobst, „denn ich bin von Jugend auf barmherziger und einträchtiger Natur gewesen. Noch nie habe ich einen Streit gehabt und konnte nie ein Tierlein leiden sehen; wo ich noch gewesen bin, habe ich mich gut vertragen und das beste Lob geerntet ob meines geruhsamen Betragens; denn obgleich ich gar manche Dinge auch ein bißchen verstehe und ein verständiger junger Mann bin, so hat man nie gesehen, daß ich mich in etwas mischte, was mich nichts anging, und habe stets meine Pflicht auf eine einsichtsvolle Weise getan. Ich kann arbeiten, soviel ich will, und es schadet mir nichts, da ich gesund und wohlauf bin und in den besten Jahren! Alle meine Meisterinnen haben noch gesagt, ich sei ein Tausendsmensch, ein Ausbund, und mit mir sei gut auskommen! Ach! ich glaube wirklich selbst, ich könnte leben wie im Himmel mit Ihnen, allerliebste Jungfer Züs!"

„Ei!" sagte der Bauer eifrig, „das glaub' ich wohl, das wäre auch eine Kunst, mit der Jungfer wie im Himmel zu leben! Das wollt' ich mir auch zutrauen, denn ich bin nicht auf den Kopf gefallen! Mein Handwerk versteh' ich aus dem Grund und weiß die Dinge in Ordnung zu halten, ohne ein Unwort zu verlieren. Nirgends habe ich Händel bekommen, obgleich ich in den größten Städten gearbeitet habe, und niemals habe ich eine Katze geschlagen oder eine Spinne getötet. Ich bin mäßig und enthaltsam und mit jeder Nahrung zufrieden, und ich weiß mich am Geringfügigsten zu vergnügen und damit zufrieden zu sein. Aber ich bin auch gesund und munter und kann etwas aushalten, ein gutes Gewissen ist das beste Lebenselixier, alle Tiere lieben mich und laufen mir nach, weil sie mein gutes Gewissen wittern, denn bei einem ungerechten Menschen wollen sie nicht bleiben. Ein Pudelhund ist mir einst drei Tage lang nachgefolgt, als ich aus der Stadt Ulm verreiste, und ich mußte ihn endlich einem Bauersmann in Gewahrsam geben, da ich als ein demütiger Handwerksgesell kein solches Tier ernähren konnte, und als ich durch den Böhmerwald reiste, sind die Hirsche und Rehe auf zwanzig Schritt noch stehen geblieben und haben sich nicht vor mir gefürchtet. Es ist wunderbar, wie selbst die wilden Tiere sich bei den Menschen auskennen und wissen, welche guten Herzens sind!"

„Ja, das muß wahr sein!" rief der Schwabe, „seht ihr nicht, wie dieser Fink schon die ganze Zeit da vor mir herumfliegt und sich mir zu nähern sucht? Und jenes Eichhörnchen auf der Tanne sieht sich immerfort nach mir um, und hier kriecht ein kleiner Käfer allfort an meinem Bein und will sich durchaus nicht vertreiben lassen. Dem muß es gewiß recht wohl sein bei mir, dem guten Tierchen!" (Forts. folgt.)

gebracht hat. Darauf folgten Vorträge von Gedichten (Ilse Stein) und Liedern zur Laute (Wally Eisermann) und Aufführung von Tänzen (Geschwister Häusler). Die kleinen Gäste und die großen kargten nicht mit Beifall. Die zum Schluß überreichten Spenden werden einen Schimmer von Freude in die Herzen der Kinder und mancher sorgenvollen Mutter getragen haben. Je nach Bedürfnis wurden die Kinder mit Kleidern, Wäsche und Schuhwerk beschenkt. Außerdem erhielt jedes Kind 50 M. bar. Die Mittel im Gesamtbetrage von rund 90 000 M. sind nur aus Kreisen der Angestellten gesammelt worden.

Eine Weihnachtsfeier für die noch in der ehemaligen Königl. Klinik, Ziegelstraße, befindlichen Schwerkriegsverletzten fand vor einigen Tagen statt. Von der Arbeiter- und Beamtenschaft der Firma Mix & Genest, Schöneberg, wurde hierzu eine Geldsammlung veranstaltet, wodurch jeder der Insassen mit einem Geldbetrag bedacht werden konnte. Der Seegersche Männerchor (M. d. A.-S.-B., Gau Berlin) und der Mandolinenklub „Westen" (Dirigent O. Hahn) trugen durch ihre ausgezeichneten Darbietungen zur Verschönerung der Feier bei. Aus den vielen Dankesbezeugungen der Kranken war zu ersehen, daß den Aermsten der Armen diese Veranstaltung ein Lichtblick in ihrem traurigen Dasein war.

Der Zustand der Bürgersteige ist augenblicklich derart, daß man sich Hals und Beine brechen kann. Der Polizeipräsident hat deshalb die Reviere angewiesen, daß die Beamten zur Verhütung von Unfällen, namentlich auch der zahlreich vorhandenen Kriegsbeschädigten, auf strengste Durchführung der Bestimmungen über die Schneebeseitigung und Streupflicht der Straßenanlieger und auch auf die dauernde Freihaltung der Hydranten von Schnee und Eis zu halten haben. Gegen Säumige wird nach fruchtloser Verwarnung unnachsichtlich Strafanzeige erstattet werden.

Bezirksbildungsausschuß. (Geöffnet von 9—4 Uhr, Donnerstags von 9—1 Uhr und 4—7 Uhr.) Lindenstr. 3, 2. Hof IV, Zimmer 10. — **Sozialistische Bildungsschule.** Im Monat Januar n. J. werden zwei Vortragsreihen abgehalten. Redeübung. — Geschichte der Arbeiterbewegung (Parlamentarische Geschichte, Tätigkeit der Partei im Landtag, Organisatorische Aufgaben während der Lohnbewegung). Jede Vortragsreihe umfaßt vier Abende. Hörgebühr 3 M. Wir bitten, recht bald schriftliche Bewerbungen zur Teilnahme an beiden Veranstaltungen an den Sekretär des Bildungsausschusses Albert Horlitz, Lindenstr. 3, einzureichen. — **Theater.** Montag, den 27. Dezember, nachmittags 3 Uhr (2. Weihnachtsfeiertag), letzte Aufführung „Rose Bernd" von Gerhardt Hauptmann. Eintritt M. 3,30 einschließlich Garderobe und Theaterzettel. Die Verlosung beginnt um 2 Uhr nachmittags. Karten sind noch im Bezirksbildungsausschuß zu haben. — Jeden Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, im Zentral-Theater, Alte Jakobstr. 31/32: Märchenoper „Frieleanz". Gutscheine à M. 2.— im Bezirksbildungsausschuß. Die Märchenoper gelangt auch noch im Monat Januar zur Aufführung. — **Restkonzerte.** Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag), nachmittags 3½ Uhr: Weihnachtliche Musik in der Alten Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße. Wir bitten, unverzüglich die Karten einzulösen. Einzelkarten zu M. 4,— noch am Tage des Konzerts in der Kirche.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 23. Dezember:

14. Kreis (Neukölln-Britz). Verheiratete arbeitslose Funktionäre werden ersucht, sich bis heute mittags bei ihrem Abteilungsleiter zu melden. Im Falle der Verhinderung genügt Erscheinen der Ehefrau. Spätere Meldung ist zwecklos. Der Kreisvorstand.

Jungsozialisten. Ortsgruppe Neukölln: 7½ Uhr im Jugendheim, Rogastr. 53, Diskussionsabend: „Warum feiern wir Weihnachten". — Ortsgruppe Treptow-Baumschulenweg-Süden: 7 Uhr im Jugendheim Elsenstr. 3, Unterhaltungsabend. — Ortsgruppe Norden: 7½ Uhr in der Schule Putbuser Str. 6/9, Weihnachtsfeier. — Ortsgruppe Friedrichshagen: 7½ Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 80, Weihnachtsfeier. — Ortsgruppe Lichterfelde: im Jugendheim Albrechtstr. 14a, Weihnachtsfeier.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 23. Dezember, 7½ Uhr:

Zentraljugendheim, SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 3 Treppen. Heinz Fuhrmann liest „Rose Bernd" von Hauptmann. Karten zur Aufführung am 26. Dezember 1920, 3 Uhr, am Bernhard-Rose-Theater sind noch zu haben. — **Grunewald.** Jugendheim, Gemeindeschule, Delbrückstr. 20: Weihnachtsfeier. — **Niederschöneweide.** Jugendheim, Gemeindeschule, Berliner Straße 31: Vortrag. — **Norden.** Jugendheim, Strelitzer Straße 42/43: Vortrag „Die Geschichte unserer Bewegung". — **Osten, Stralauer Viertel.** Jugendklubzimmer 220, Gemeindeschule, Naglerstr. 3: Weihnachtsfeier. — **Reinickendorf-West.** Lokal „Eichhornmühle", Eichhornstraße 60: Diskussionsabend. — **Schmargendorf.** Jugendheim, Breite Straße 38 II: Weihnachtsfeier. — **Schönhauser Vorstadt I.** Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20: Diskussionsabend „Unsere Arbeiterjugend". — **Steglitz-Friedenau.** Jugendheim Friedenau, Offenbacher Straße 5a: Mädchenabend. — **Südost, Reichenberger Viertel.** Glogauer Str. 12/16. Jugendveranstaltung fällt aus, dafür wichtige Helfersitzung. Pflicht eines jeden Jugendlichen ist zu erscheinen.

Sonnabend, 25. Dezember (1. Feiertag):

Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, Weihnachtsfeier, Bücherverlosung usw. Eintritt 50 Pf. Die Arbeiter-Eltern sind eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Von Proletariern zu Proletariern. Heute, 23. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Walter Kerl spricht über „Proletarier-Dichtungen". Eintrittskarten zu 1 M. an der Abendkasse. — **Freireligiöse Gemeinde, Ortsgruppe Buch.** Heute 8 Uhr im Lokal von Piotrowski, Bahnhofstraße, Mitgliederversammlung. — **Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität",** Ortsgruppe Berlin, 2. Abt. Sonntag, den 26. Dezember, mittags 12 Uhr, Fußtour durch den Grunewald. Start: Leuchtturm, Fontanepromenade 18. Dienstag, den 28. Dezember, Funktionärsitzung bei Rohde, Diefenbachstr. 47. — **Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. 1892.** Sonnabend, den 25. Dezember, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Weihnachtsfeier. Kinderbescherung, Aufführungen. Tanz. Anfang 5 Uhr. Landsleute, Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Verhaftung eines Scheckschwindlers. Eine Erfurter Bank und mehrere Geschäftsleute wurden kürzlich durch raffinierte Scheckschindelei um hohe Beträge gebracht. Der Betrüger, ein Kaufmann Ludwig Hausbach aus Frankfurt a. M., wurde jetzt in Kolberg verhaftet.

Verhaftete Kalischieber. Die Düsseldorfer Polizei verhaftete fünf Personen wegen umfangreicher Kalischiebungen. Acht Eisenbahnwagen und eine Schiffsladung mit Kali, die ins Ausland gehen sollten, wurden beschlagnahmt und zugunsten des Reichs sichergestellt.

Feuer in den Harburger Oelfabriken. Ein Großfeuer entstand in der letzten Nacht aus unbekannter Ursache in der Kokosnuß-Oelfabrik der Thörlschen Vereinigten Harburger Oelfabriken. Die Fabrik brannte vollständig nieder.

Zwei Todesurteile. Das Schwurgericht in Rudolstadt verurteilte den 29 Jahre alten Kaufmann Weiß aus Sandhof in Preußen, der in Jena die Prostituierte Beatrice Maresch und ihre Mutter getötet und beraubt hat, wegen Doppelmordes zweimal zum Tode. Ferner verurteilte das Schwurgericht die 34 Jahre alte Witwe John aus Niederzimmern wegen Mordes an einem ihrer Pflege anvertrauten zweijährigen Mädchen, das sie durch Nahrungsentziehung und Mißhandlungen zu Tode gefoltert hatte, zum Tode.

Meißner Porzellangeld. In der Dresdener Stadtverordnetensitzung wurde mitgeteilt, daß mit der Prägung von Porzellangeld begonnen worden ist. Das sächsische Justizministerium hat ein Gutachten über das Recht Sachsens, Porzellangeld auszugeben, erstattet. Die Ausgabe des Porzellangeldes dürfte bereits nach Neujahr beginnen. Es kommen Stücke bis zu 2 Mark zur Ausgabe. Gegen die Ausgabe von Stücken in höheren Werten hat die Reichsregierung auf Grund des Reichsmünzgesetzes Einspruch erhoben.

Schwindler auf Reisen. Die Polizeidirektion Nürnberg meldet: Seit November 1919 trat in verschiedenen deutschen Städten ein Schwindler auf, der vor Postscheckämtern und Bankhäusern Lehrlingen, die größere Geldbeträge abgehoben hatten, abpaßte und sie unter Uebergabe gefälschter Quittungen aufforderte, für ihn diese Beträge abzuheben. Als Pfand ließ er sich die von den Lehrlingen mitgeführten Geldbeträge aushändigen, mit denen er dann das Weite suchte. Er erbeutete auf diese Weise am 22. November 1919 in Nürnberg 16 000 M., am 10. Dezember 1919 in Dresden 10 000 M., am 29. Januar 1920 in Breslau 13 000 M., am 11. September 1920 in Ludwigshafen 40 000 M. und am 29. Oktober 1920 in Frankfurt a. M. 8000 M. Am 21. Dezember 1920, vormittags 11 Uhr verübte der Schwindler die gleichen Betrügereien vor dem Postscheckamt und kam dadurch in den Besitz von 2900 M. Nach Anzeigeerstattung setzten sofort umfangreiche Erhebungen der Kriminalpolizei mit dem Erfolg ein, daß der im Automobil geflüchtete Täter und seine Geliebte am gleichen Tage in Ansbach festgenommen werden konnten. Der Schwindler gibt an, Ulrich Wildenhof zu heißen. Der Name ist zweifellos falsch, und es werden zurzeit weitere Feststellungen gemacht. In seinem Besitz fanden sich noch 2000 M. vor.

Zwangsarbeit für Schieber. Das tschechische Justizministerium hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach bei den Verurteilungen wegen des Verbrechens des Wuchers und des Schmuggels die Einteilung in Strafarbeitsabteilungen obligatorisch und zwar auf die Dauer eines Monats bis zu einem Jahre ist. Die Strafarbeitsabteilungen werden zu körperlichen Arbeiten im öffentlichen Interesse, z. B. zur Reinigung und Ausbesserung von Straßen, zu Warenverladungen, zu Bauten, zu Straßen- und Flußarbeiten usw. verwendet werden.

Das Erdbeben in Argentinien. Bisher sind 200 Leichen geborgen worden. Drei Städte sind völlig zerstört.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Ueberwiegend trübe, nur zeitweise aufklärend bei meist südlichen Winden, im Westen stärkere, im Osten geringe Niederschläge bei wenig geänderter Temperatur.

Sport.

Die vierte Deutsche Rodelmeisterschaft kommt, wie bereits gemeldet worden ist, am zweiten Weihnachtsfeiertage, den 26. Dezember, in Ilmenau in Thüringen durch den Wintersportverein Ilmenau zur Entscheidung. Das wertvollste deutsche Rodelrennen wird auf der 2650 Meter langen städtischen Rodelbahn in Ilmenau ausgefahren. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen ist eine ansehnliche Teilnehmerzahl am Ablauf zu erwarten, unter denen sich erstmalig auch Damen befinden. Der Ablauf ist am Kurhaus Gabelbach, 770 Meter hoch, das Ziel am Großplatz, 540 Meter hoch. Die Ausscheidungsrennen finden vormittags statt, die Meisterschaften nachmittags 2 Uhr. Die Veranstaltung wird von anderen sportlichen Veranstaltungen umrahmt. Meldungen sind an den Wintersportverein Ilmenau einzureichen, woselbst auch jede gewünschte Auskunft erteilt wird. Als Vertreter des Bundesvorstandes des Deutschen Rodelbundes, dessen Geschäftsstelle sich in Hannover, Stader Chaussee 34, befindet, ist Oberlehrer st. Sonnekalb, Ilmenau, bevollmächtigt worden, der Bundesfahrwart und Verbandsrodelwart des Thüringer Wintersportverbandes. Die Zugverbindungen nach Ilmenau sind von und nach allen Seiten recht günstig. Es ist damit zu rechnen, daß für die Abendanschlüsse nach Erfurt, Berlin, Magdeburg, Halle, Leipzig, Frankfurt, Dresden, Chemnitz, Kassel usw. Sonderzüge verkehren werden.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin (Mitgl. d. A.-T.- u. Sp.-B.). Donnerstag, Nordbezirk: Oeffentl. Turnen und Weihnachtsbescherung der Frauen und Mädchen 7 Uhr Demminer Str. 27. — Sonnabend, Bezirk Schöneberg: Gemütliches Beisammensein bei Jintel. — Sonntag, Bezirk Schöneberg: Partie durch den Grunewald. Treffpunkt 1 Uhr, Bahnhof Eberstraße.

Freier Wanderbund. Sonntag: Königswusterhausen.Äher Hinterlee, Zossen. Abf. Bahnhof Friedrichstr. 6.58 Uhr, Grünau umsteigen. Abf. Görlitzer Bahnhof 7.20 Uhr bis Königswusterhausen.

Touristenverein Naturfreunde (Ortsgruppe Ostbahnvororte). Sonntag: Weihnachtsfeier, Aula des Gymnasiums Klosterstr. 74. Eröffnung 5 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Für den Weihnachtstisch der Frau empfiehlt zur Pflege der Haut und des Haares die altrenommierte Seifen- und Parfümeriefabrik Joh. Röthel, Augsburg (gegr. 1867), ihre unentbehrlichen Cisa-Fabrikate. Cisa-Schampon ist die ideale Haarpflege, im Gebrauch billiger als die meisten im Handel befindlichen Haarwaschmittel. Creme Cisa ist ein auf wissenschaftlicher Grundlage hergestelltes Hautpflegemittel (nicht fettend), das die Haut sammetweich macht.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

B., Czarnikauer Str. Wenden Sie sich an das Kleinsiedlungsamt der Stadt Berlin; dort erhalten Sie auf die gestellten Fragen Antwort. Porto beifügen. — **Mag 100.** Fragen Sie bei der Reichsschuldenverwaltung, Oranienstraße, an. — **E. P. 25.** Die Auszahlung der erhöhten Sätze dürfte wohl erst vom nächsten Jahre ab erfolgen. — **O.** Na. — **W. München 23.** Ja. Wenden Sie sich an das Finanzamt. Es muß der Betrag bei der Veranlagung berücksichtigt werden. — **M. R. 32.** Sie können auf Herausgabe der Sachen bzw. Wertersatz klagen. — **A. B. 100.** Bei unterhaltspflichtigen Personen 5000 M., sonst 4000 M., außerdem ein Fünftel des Mehrbetrages. Ferner erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist, um 10 Proz., höchstens jedoch um sechs Zehntel. Soweit die unpfändbaren Teile des Mehrbetrages bei Unterhaltspflichtigen 9000 M., bei den übrigen 6000 M. übersteigen würden, unterliegt die Pfändung keinen Beschränkungen. — **D. M. 21.** 1. Ja. 2. Nein. — **K. J. 55.** 1. Der Mann ist zur Herausgabe des eingebrachten Gutes und zur Unterhaltsgewährung verpflichtet. Zinsen können erst vom Tage des Verzuges gefordert werden. Im Verzug gerät der Mann durch Mahnung. 2. u. 3. Den Töchtern steht nur dann ein Unterhaltsanspruch zu, wenn sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten. 4. Ja. — **Neukölln 25.** Während zweier Jahre 20 Wochenbeiträge. Freiwillige Beiträge dürfen für mehr als 1 Jahr zurück nicht entrichtet werden. — **A. M. 67.** Stellen Sie zunächst fest, wer das Fehlgehen der Ware verschuldet hat. Sie können nicht ohne weiteres die Rückzahlung des Kaufpreises fordern. — **Erbschaftssteuer.** 1. Nein. 2. Nichts. 3. Den Schaden werden Sie selbst tragen müssen, da Sie den Beweis für die Richtigkeit Ihrer Behauptung nicht werden erbringen können. — **E. G. 00.** 1. Ja. 2. 1½ Proz. und 15 Proz., soweit es sich um Luxusgegenstände handelt. 3. Umsatzsteueramt. 4. Unbekannt. 5. Wenden Sie sich an eine Buchhandlung. — **A. B. 90.** 1. Ja. Auf die Höhe des Kapitals kommt es nicht an. 2. Abgabepflichtig ist der den Betrag von 5000 M. übersteigende Teil des Vermögens. — **Bestimmt 50.** Bis zum 31. Dezember 1920. Geben Sie auf das Amtsgericht; dort wird die Austrittserklärung entgegengenommen. — **P. S. 13.** Die Willenserklärungen sind nichtig, wenn sie im Zustande vorübergehender Störung der Geistestätigkeit abgegeben worden sind. Beantragen Sie Entmündigung. — **H. T. 27.** 1. Ja. 2. Unter Umständen ja. Lassen Sie aber das Mieteinigungsamt entscheiden. — **A Z. 1.** Nein.

Urahne, Großmutter, Mutter und Kind,
Haemacolade kennt und trinkt. Gibt Blut und dieses Frische! Näheres durch Hygiena Frankfurt a. M. H.

STAATL. FACHINGEN

Von heilwirkendem Einfluss bei Gicht, Rheumatismus, Diabetes, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen usw. Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbureau, Berlin W. 66, Wilhelmstrasse 55.

STAATL. FACHINGEN

Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins, E. a. G.
Sonntag, 23. Januar 1921, nachmittags 4 Uhr, Alte Jakobstraße 80, Quergeb. 1 Treppe:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung.
1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Bericht des Kassierers. 3. Diskussion. 4. Statutenberatung. Abänderung der §§ 22 und 24. 5. Wahl des Vorstandes. 6. Wahl der Rechnungsprüfer, der Krankenbesucher, des Schiedsgerichts. 2931b
Quittungsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
F. Sch., Vors., Waterlooufer 9.

Werkmeister-Bezirksverein Charlottenburg I.
Am 1. Weihnachtsfeiertag, nachm. 4 Uhr, findet in der Kreuzkapelle F. Sens, Tegeler Weg 87, eine gemütliche
Frühschoppen
statt. Alle Kollegen sind hierzu eingeladen. 186.13

Metallankaufsstelle Osten. Grüner Weg 86
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Weihnachts-Angebote

Hosen	größtenteils unter Anschaffungspreis, in modernen Streifenmustern, u. a. M. 215, 200, 175, 150, 125, 90,	65,-
Westen	Phantasie-Tuch, Waschwesten und einzelne Stoffwesten aus Resten M. 175, 150, 135, 115, 110, 90, 50,	35,-
Morgenjoppen	nur aus guter wollener Flauschware mit Seidenornamenten M. 400, 350, 300, 250, 210,	170,-
Pelze	Gehpelze, Sportpelze und Chauffeurpelze, je nach Qualität der Felle und Stoffe M. 5000, 4000, 3600, 2700, 2400, 2100, 1900, 1500,	1300,-
Knaben-Anzüge	in allen Fassons nur aus guten Stoffen, je nach Größe und Qualitäten, u. a. M. 250, 200, 180, 140, 125, 105, 95, 80,	65,-
Knaben-Ulster	in den neuesten Formen aus nur guten Qualitäten, u. a. M. 170, 150, 130, 140, 90, 100,	85,-
Herren Ulster	in Schlüpfern, Raglan und anderen Fassons, im Preise herabgesetzt M. 1150, 950, 750, 650, 550, 425,	300,-
Herren-Paletots	aus gutem Cheviot, Eskimo oder Satin, im Preise herabgesetzt M. 950, 800, 700, 600, 500,	400,-

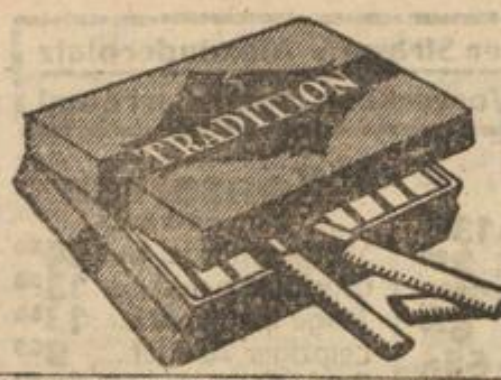
Nur eine Verkaufsstelle — BaerSohn — Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Zähne v. 6 M. an Teilzahlung. 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb. 3.—. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt Weil, Potsdamer Str. 58, Hochb. Sprechz. 9-7.

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngebisse, Platin-, Gold-, Silberbruch, weit über Tagespreis
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72.

Auf Teilzahlung!
Grammophone
Christbaum-schmuck usw.
Wanduhren
Juhre & Köni,
Warschauer Straße 68 I.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9958



TRADITION

Die neue PROBLEM Zigarette!

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Geschlossen.

Schauspielhaus. Peer Gynt. (außer Abonnement) 6½ Uhr.

Deutsches Theater. Do. 7: Cäsar und Kleopatra. Freitag geschlossen.

Kammerspiele. Do. 7½: Büchse der Pandora. Freitag geschlossen.

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) Do. 8: Jedermann (A.-A., 2 Ab.) Freitag geschlossen.

Theater i. d. **KöniggrätzerStraße** ½8 U.: Salome. (Orska, Hartau, Liechtenstein Veidt, Faerber, Gernburg.) 1. Feiertag: Rausch. 2. Feiertag: Salome. Montag: Salome.

Komödienhaus Täglich ½8 Uhr: Die Sache mit Lola mit Max Pallenberg. (Josefine Dora a. G., Ortrud Wagner, Picha, Stieda, Kiper.

Berliner Theater 7 Uhr: Die spanische Nachtigall mit Fritzi Massary. Hans Wassmann, Julius Brandt, Ralph Artur Roberts, Emmy Sturm, Reinhold Pasch, Olga Engl

Central-Theater 7½ Frau Bärbel (Operette)

Deutsches Opernhaus 8½ Uhr: Parsifal.

Friedr.-Wilhelmst. Th 7½ U.: Roheit die Tänzerin.

Kleines Theater. 7½ Uhr Das Wunder. Der Selige. Lottchens Geburtstag

Kl. Schauspielhaus. 7 Uhr, zum 1. Male: Reigen.

Komische Oper Donnerst. u. Freit. geschlossen. Sonnabend: Uraufführung Baroneßchen Sarah 1. u. 2. Feiertag, nachm. 3½: Der Raub d. Sabinerinnen

Lustspielhaus 7½ Uhr: Arnold Rieck in Die schwebende Jungfrau

Metropol-Theater. 7 U.: Hollandweibchen

Neues Operettenhaus 7.15 U.: Yu-Shi tanzt.

Neues Volkstheater 7½ U. Der Biberpelz.

Schiller-Theat. Charl. 7 Uhr: Don Carlos.

Thalia-Theater Gastspiel Hansi Niese 7¼ U. Botschafterin Leni.

Th. am Nollendorfplatz 7 Uhr Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens 7¼ U. Der ersten Liebe gold. Zeit

Th. i. d. Kommandantenstr. 7½ U. Der verjüngte Adolar

Wallner-Theater 7¼ U. Der Geiger von Lugano.

Walhalla-Theater Heute geschloss. Sonnabend 7½ Uhr Der Rastelbinder.

Residenz-Theater. Heute nachm. 4 U., kl. Preise: Schneewittchen. Täglich 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer. An beid. Weihnachtsfeiertagen nachm. 4 Uhr, halbe Preise: Die Freundin.

Trianon-Theater. Heute nachm. 4 Uhr, kl. Pr.: Max und Moritz. Täglich 7½ Uhr: Kammermusik. Anbeid. Weihnachtsfeiertagen nachm. 4 Uhr, halbe Preise: Der Roman einer Frau.

Schall und Rauch im großen Schauspielhaus Dir. Hans v. Wolzogen. Gussy Holl, Gregor Rasoff, Walter Mehring, Lia Manza, Paul Graetz, Lala Herdmenger, Desidor Zäder u. a. Konz. 7¼ U., Beginn 8¼ U.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7 Uhr: Kabale u. Liebe

Lessing-Theater. 7½ Uhr: Flamme. (Dorsch, Hartmann, Klein-Rogge, Pröckl.) Sbd. (1. Feiertag) 3: Peer Gynt. 7½ Uhr: Flamme. (Dorsch, Hartmann, Götz, Pröckl.) Stg. (2. Feiertag) 3: Flamme. 7½ Uhr: Flamme. (Dorsch, Hartmann, Götz, Pröckl.) Montag 7½, zum 50 Male: Flamme. (Dorsch, Hartmann, Götz, Pröckl.)

Deutsches Künstler-Theater 7½ U.: Die Scheidungsreise mit Max Adalbert und Trude Hesterberg. 1. Feiertag 3: Pygmalion. 7½ U.: Die Scheidungsreise mit Max Adalbert und Trude Hesterberg. 2. Feiertag 3: Pygmalion. 7½: Die Scheidungsreise. Montag 3 Uhr: Kindervorstellg. Fitzlifitz 7½ Uhr: Die Scheidungsreise

Rose-Theater 7½ U.: Friedrich Schiller, der Infant der Menschheit.

APOLLO- 7½ U. Theater 7½ U. Dir.: James Klein. Auslands-Sensationen. Kapitän Nansen mit seinen See-Löwen. Albas Kopfrutsch durch den Zuschauerraum. Rasendes Reck Sensations-Fahrt. Backpfeifen-Tänze und weitere Sensationen. An beiden Feiertagen 2 Vorstellung.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. An allen Feiertagen 2 Vorstellungen. Nachm. 3½ zu klein. Preisen: Eine flöte Ehe. Abends 8½: Der Schlager Der Fehltritt einer Frau.

Folies Caprice ½8 U. am Oranienburger Tor. Neun Monate a dato. Die Reservedame. Meine Tochter d. Herzogin m. Ferd. Grünecker, Rudolf Rudolfi, Georg Erich Schmidt. Vorverk. 11–2 und ab 6 Uhr Tel.: Norden 4660

Winter-Garten Täglich 7¼ Uhr: Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

SCALA Luthersstrasse. Täglich 7¼. Versäumen Sie nicht sich rechtzeitig Karten für die Weihnachtsfeiertage zu sichern. Wir spielen am 1. u. 2. Feiertag nachm. u. abends 3½ U. halbe Preise. Vorverk. a. d. Kasse v. 10–2 Uhr, A. Wertheim u. Invalidend.

Komische Oper. 1. Weihnachtsfeiertag 7 Uhr: Uraufführung unter Leitung des Komponisten: Baroneßchen Sarah. Operette von Leo Ascher. Paul Heidemann, Pepi Zampa als Gäste.

Königstadt-Theater Bahnhof Jannowitzbrücke. Tägl. 7.30 Gala-Sänger. Im Ballsaal TANZ.

Cirkus Busch Heute 7½: Gala-Abend. Ab Weihn. tägl. 2 Vorstellg. Hans Stosch-Sarrasani. Prunkpantomime Gretis Traum (Traumland). Vorv.-Circuskasse u. Wh. Tiergr.

Varieté-Café Moritzplatz Oranienstraße 53-54. Sonntag, den 26. Dezbr. (2. Weihnachtsfeiertag) 12-2 Uhr. Große Fest-Matinee. Ausgewähltes Programm! U. a. Schönheitstänze.

Film-Palast Koppenstraße 29. Vom 25. bis 30. Dezbr.: Der Golem wie er in die Welt kam mit Paul Wegener. dazu Lustspiel mit Hilde Wörner.

Theat. a. Kottbus. Tor. Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.: Elite-Sänger. Das große Weihnachts-Programm! Vorv. 11-1½, 4 Uhr

Admirals-Palast 7½ Die roten Schuhe. Morgen: Keine Vorstellung.

METROPOL Varieté-Kabarett. Behrenstraße 54. Anfang präzis 7½ Uhr. Riesen-Weihnachts-Spielplan.

Beethovensaal. Sbd., 25., Stg., 26. Dez., 7½ U. Sbd., 1., u. Stg. 2. Jan. 4 heitere Abende MARCELL SALZER. Kart. i. Büro d. Philharmonie (9–1, 3–6) u. a. d. Feiertagen Mittags- und Abendkasse.

Reichshall.-Theater Abends 7½ und Sonntag Nm. 3 Stettiner Sänger. Nm. halbe Preise. Varieté-Theaterhaus-Brett, Anf. 6½, Mo. 5

Perlen Juwelen Ankauf Verkauf. Sehr grosses Silberlager. Margraf & Co. Kanonierstrasse 9. Zweigniederlassung 15 a.

Porzellan-Ausverkauf! Potsdamer Str. 76 (Kleist-Park). Staunend billige Preise! Z. B. Tafel-Service, 60 teilig, von M. 715.— an. Außerdem bis 24. cr. auf alle Preise noch 5 Proz. extra.

Frickes Konzerthaus Ringbahnhof Neukölln Ringbahnhof. Telephon: Neukölln 2491. ff. Biere, Weine, Liköre. Gute Küche. Täglich Konzert mit humoristischen Einlagen (Kapellmeister Krüger). 1335D* Eröffnung am 1. Weihnachtsfeiertag.

Teppiche kauft man am besten in dem seit 50 Jahren bestehenden Teppichhaus Brünn. Hackescher Markt 4 am Bahnhof Börse. Große Auswahl! Billigste Preise!

Möbel zu Weihnachten Vorzugspreise. Kramer & Küster G. m. b. H. Möbelhaus ersten Ranges. Berlin N., Gartenstr. 52 am Gartenplatz und Stettiner Tunnel

Trauringe Dukatengold 900, 14 Kar. Gold 585 gestemp. 8 Kar. Gold v. M. 39.75 an. Deutschlands bedeutendste Fabrik mit direktem Verkauf an Private. J. Weinstock G. m. b. H. Zentrale: Mohrenstr. 16 am Untergrundbahnhof Friedrichstraße. Alexanderstr. 14a, nahe Jannowitzbrücke, Kottbuser Damm 24, Chausseestraße 69, Charlbg., Stuttgart. Pl. 5, Schönebg., Grunewaldstr. 15. Ankauf: Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Münzen, Zähne. Achtung! Kein Laden! Geöffnet 9–1, 2–6.

Geschäfts-Einweihung am 2. Weihnachtsfeiertag. Robert Hellriegel, Mirbachstraße 33. Vereinzt immer zu verpeben. 2963b

Anzüge, Ulster Paletots, Cutaways, Hosen, Alaska- und Kreuzfüchse, Muffen. (Keine Lombardware.) Verkauf zu enorm billigen Preisen. Leihhaus Friedrichstr. Nr. 2

Pelzwaren Kreuz-, Silber-, Alaska-Füchse, Skunks, Marder usw. Garnituren von 150 M. an. Nach beend. Engros-Sais. bedeut. herabges. Preise. P. Michaelis, Große Frankfurter Strasse 99. Am Straußberger Platz.

Spottbilliges Angebot für Kutscher, Chauffeure LEDERSTIEFEL mit Filzeinlage (sogenannte Eisenbahner) FILZSCHUHE mit Lederbezug und Ledersohle, neue und gebrauchte, letztere gut durchrepariert. Verkaufsstelle: Eislebenerstr. 11 Laden 4 Ecke Remkesstraße

Dr. med. Hollaender, Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden. Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berufsstörung, Blutuntersuchung. Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2.50. Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II. Täglich 11–1, 5–7, Sonntags 11–1. 187/4*

Pianos gute gebrauchte, tadellos aufgearbeitet, von 4200 M. an, wenig gebrauchte, neue, große Auswahl, billig. Streng günstige Gelegenheitskäufe. Pianohaus Alexanderstr. 37 gegenüber Polizeipräsidium.

Krause Pianos zur Miete Ansbacher Straße 1, Ecke Kurfürstenstraße

Kupfer, Messing, Zinn, sämtliche Altmetalle kauft zu Tagespreisen. Neue Hochstraße 38. Händler Extrapreise.

Anthrazit, auch kleine Mengen, kauft Sikossek, Oranienburger Str. 13.

Schokoladen- Tafeln, bekannteste Marken, sowie Schokoladenpralinen usw. zu niedrigsten Preisen. Achenwall, Friedrichstr. 180. C. 10654. Handelsregisterauszug Nr. 9780.

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse sehr preisw. Damenpelzkragen v. 40 an. Rotfuchskragen v. 170. Pelzfutter für Mäntel von 150 M. an. Herrenkragen v. 65 an. Seal Elektric, Biberet. Herren- u. Dam.-Shawlkragen aus Australisch. Opossum v. 550.— an. Pelzwarenhaus A. Klass & Co., Hackescher Markt Rosenthaler Str. 40/41.

Weihnachten! Vom 18. bis 24. Dezember Schokoladen, bekannte Marken, in 50- und 100-Gramm-Tafeln und Kakao zu Ausnahmepreisen. 1389D* Verkauf nur an Wiederverkäuf. Gerson Wechselmann, Berlin W 9, Bellevue 20.

Messing, Kupfer, Zinn, Blei, Platin, Gold- und Silberbruch sowie sämtl. Alt- u. Edelmetalle kauft. Metall-Einkaufszentrale, Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz) Moritzpl. 1335 80

Die günstigsten Preise für Kupfer, Messing, Rotguß usw., spez. Zinn und Weißmetall erzielen Sie Adalbertstraße 4 u. Prinzenstraße 101.

Zinn u. Blei, Altmetalle, kauft zu hohen Preisen Zinnschmelze, Prinzessinnenstr. 17 (Moritzplatz).

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend. Piano-Magazin A. Lehmann & Co., Inh.: Gutenberg. Leipziger Str. 115/116. Gr. Frankfurter Str. 106.

Steppdecken in Wolle, gereinigt, durch Strohmarkt 5, Wallst. 12. Filialen: Spittelmarkt, Ecke Seydelstr. u. Nikolaiburger Platz 2. Alte Steppdecken werden aufgearbeitet.

Achtung, Händler! Großer Weihnachtsschlager. Makronenfell, 160 cm lang, von 60 M. an. Damengürtel, modernster Art, von 2.50 M. an. Leo Ebenstein, Neue Schönhauserstr. 11. Tel. Norden 1027.

Pianos Flügel neu und gebraucht. Gelegenheitskäufe! Stems, Leipziger Str. 19, Ecke Mauerstraße.

Heinrich Schulz: Sozialdemokratie und Schule. Mk. 3,50

Dr. Otto Bournet: Der Volkslehrer im Volksstaat. Mk. 1,20

Dr. Richard P. Hermann: Die Arbeit im Elternbeirat. Mk. 1,50

Heinrich Dahlke: Die weltliche Schule. Mk. 1,50

Dr. Max Apel: Die Volksschule als Einheitsschule. Mk. 1,25

20% Juschlag. Buchh. Vorwärts Lindenstr. 2

Zinn! Lötzinn! Weißmetall! Blei! für Spezial ebr. Kupfer! Messing! Nickel! Aluminium! Zink! Salpeters. Silber! Quecksilber! Zahngebiss, Zahnb. 100.- Platinabfälle! Goldbruch bis 40.— Silberbruch bis 1,20 nach Kurs. Stanniolpapier! Flaschenkapseln! Glühstrumpfasche bis 15 M. kauft Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31. Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt!

Stellenangebote

Junger tüchtiger 1563/14* **Buchhändlergehilfe** (für Ladengeschäft) zum Eintritt per 1. Januar 1921 gesucht. Offerten an Verlag „Volks-Bote", Stettin, Schillerstr. 10.

Tüchtigen Werkmeister für Kassenschlosser sucht erstklassige Geldschrankfabrik Oesterreichs. Ausführliche Zuschriften nebst Angabe des frühesten Eintrittstermines und der Gehaltsansprüche an 1554D* J. Wertheim & Comp. A.-G., Wien IV, Bulgengasse 6.

Kreuzfüchse 300 M. Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber- und Weißfüchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-Geh- u. Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ulster, früher bis 1200 M., jetzt 350 bis 450 M. Große Post. Hosen, Stück 60 M. (Keine Lombardwaren.) **Leihhaus Moritzplatz 58a** (Größtes Spezialhaus dieser Art).

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse * Alexanderplatz
Allein-Vorverkauf für Zirkus Sarrasani

Wurstwaren

Frische Blutwurst Pfd.	8.20
Schinkenwurst Pfund	27.00
Salamiwurst Pfund	27.00
Teewurst Pomm. Pfund	26.50
Gänsebrust Pfund	31.00
Knoblauchwurst Pfund	25.00
Zwiebelleberwurst Pfd.	15.50
Rotwurst Pfund	15.50
Feine Leberwurst Pfd.	21.00
Landleberwurst Pfund	21.00
Fleischwurst Pfund	21.00
Mettwurst nach Braunschweig Art	25.00
Bockwürstchen Pfund	15.50

Fleisch

Gehacktes Rindfleisch Pfund	12.00
Schweineschinken Pfd.	19.00
Suppenfleisch Pfund	12.00
Kalbsrücken Pfund	13.00
Kalbskeule Pfund	15.00
Frisch gebrannter Kaffee Pfd.	24.00
Rosinen Pfund	19.00
Sultaninen Pfund	22.00
Korinthen Pfund	15.00
Kuchenbackmehl Pfund	5.75
3 Hühnereier ohne Schale Kruke	4.50

Obst - Gemüse

Walnüsse Pfund	8.50
Haselnüsse Pfund	8.75
Schalmandeln Pfund	8.50
Apfelsinen Stück	1.00
Mandarinen Stück	1.00
Traubenrosinen Pfd.	18.00
Feigen Pfund	5.80
Tafeläpfel Pfund	2.75
Sellerie Pfund	95 Pf.
Blumenkohl Kopf	2.25 an
Präsent-Körbe in reicher Auswahl	

Fische

Lebende Karpfen Pfd.	13.50
Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund	2.80
Schellfisch Pfund	2.80 an
Frische Bleie Pfund	6.20
Grosse Vollheringe Stück	65 Pf.
Margarine Pfund	13.50
Harzer Käse Pfund	7.60
Briekäse Pfund	8.10
Landkäse Pfund	7.60
Gem. Marmelade ca. 50% Zucker Pfd.	4.45
Kokosfett Pfund	17.00

Konserven

2-Pfund-Dosen

Stangenspargel stark	14.50
Bruchspargel stark	13.50
Junge Erbsen fein	13.50
Leipziger Allerlei	9.00
Bayer. Steinpilze in eig. Saft	12.50
Birnen wein. 1/1 Frucht	5.90
Gänse Pfund	16.00 an
Hirschfleisch Pfd.	9.50 an
Wildschwein Pfd.	12.00 an
Hasen gestreift Pfund	13.50

Bowlen-, Tafel- u. Schaum-Weine sowie Liköre und Punschextrakte

Preis einschl. Flasche, Wein 20% Steuerzuschlag

	1/1 Fl.	3 Fl.
1918 Montagna	10.50	50.00
1918 Dürkh. Feuerbg.	14.50	70.00
1917 St. Emilion, Bord.	27.50	125.00
1917 Burg. Beaujolais	32.00	150.00
1918 Graves, Bord. weiss	32.00	150.00

	1/1 Fl.	3 Fl.
1918 Oberh. Malkämm.	13.75	67.50
1919 Ellenzer	20.50	100.00
1918 Piesporter Lay	22.00	105.00
1917 Niersteiner Weg	28.50	137.50
1915 Nierstein. Galgenb.	35.00	165.00

	1/1 Fl.	1/1 Fl.
Tarragona rot	13.75	27.00
Muskat u. Malvasier	3 Fl. 125.00	
Tarragona rot	1/1 Fl. 36.50	
Genz alter Sherry	1/1 Fl. 38.50	
Portwein, Madeira	1/1 Fl. 42.50	

	1/1 Fl.	3 Fl.
Saar-Riesling-Sekt	55.00	160.00
Feist Cabinet	60.00	175.00
Math. Müller rot	65.00	190.00
Wagner Schloss Saarfels	75.00	200.00
de Lapierre Frz. Schaumw.	85.00	225.00

	1/1 Fl.
Deutscher Weinbrand	58.50
Jamaika-Rum 40%	
Halb u. Halb	48.50
Tafel-Kümmel	
Ingwer-Likör	25.00

Rotwein-Punsch-Extrakt 1/1 Flasche 30.00	Glühwein-Extrakt 1/1 Flasche 58.50	Sellner Burgunder-Punsch 1/1 Flasche 82.50	Focking-Liköre 1/1 Flasche 110.00	Bols-Liköre 1/1 Flasche 110.00	Bénédictiner Cordial Medoc v. Journ. Bord. 1/1 Fl. 240.00

auf bequeme Teilzahlung
ist und bleibt

B. FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbuser Damm 103
Westen: Charlbg., Scharrenstr. 5

Gr. Weihnachts-Messe

in den Abteilungen:

Herren- u. Damen-Kleidung

Jede Grösse jede Farbe, jede Preislage ist vorrätig

Pelz-Kolliers und Muffen
Kreuzfüchse Pelzmäntel
besonders preiswert in modernen Formen.

Klein- u. Luxus-Möbel
Ledersofas — Ledersessel — Polsterwaren

Herabgesetzte Preise | Größte Auswahl

Kredit an Jedermann!
Niedrigste Anzahlung!

Hämorrhoiden · Stuhlträgheit
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche ärztliche Druckschrift
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 217, Potsdamer Straße 101d.

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Geöffnet 8—6 Uhr. Verkauf an Jedermann. Bergstraße 29.

Straßenbahn-Verbindung: 7, 15, 47, 48, 22, 46, 94, P, C, 1.

Stadtbahn-Verbindung: Ringbahnhof Neukölln.

Weihnachts-Messe

Herrenkleidung.

Anzüge	190.– bis 650.–
Einsegn.-Anzüge	145.– bis 475.–
Hosen	60.– bis 185.–
Ulster	150.– bis 695.–
Paletots, marengo	380.–, 395.–

Damenkleidung.

Kostüme	125.– bis 435.–
Ulster	148.50 bis 675.–
Astrachan- u. Tuchmäntel, hochelegant	
Röcke	32.50 bis 160.–
Blusen, Seide, Crepe de Chine, Mousseline, Barchend	30.50 bis 120.–
Blusen, Sportflanell	45.50 bis 59.50

Trikotagen.

Mädch.-Beinkleid. je nach Gr.	27.50 an
Damen-Schlüpfer je nach Gr.	38.25 an
Damen-Reform-Beinkleider je nach Größe	50.– an
Herren-Trik.-Hemden	45.50 57.50

Strumpfwaren.

Damenstrümpfe, lang, schwarz, H'Wolle	16.50 bis 18.–
Socken, grau gestrickt	10.20
Socken, schwarz u. grau gestrickt	14.50
Kinder-Sweater	15.50
Kinder-Trikots	8.95 an

Schuhwaren.

Herren-Stiefel	115.– bis 325.–	Burschen-Stiefel	88.–
Damen-Stiefel	110.– bis 245.–	Kinder-Stiefel je nach Größe	35.– an

Schuhbesohlung: sehr prompt und allerbilligst.

Für den Weihnachtstisch praktische Geschenke.

Garnitur Hosenträger mit Sockenhaltern in geschmackvollen Geschenkkartons. Taschentücher in netter Geschenkaufmachung. • Damenhemden mit Stickerei. Unterröcke (Serge). • Schürzenstoff, zirka 110 cm breit, prima Qualität, blau-weiß gestreift, für Wirtschaftsschürzen. • Roh-Nessel, Lakenbreite zirka 150 cm

Zum
Jahreswechsel

Geschäftsbücher
Tisch- und Wandkalender
sehr preiswert

KARL HINTZE • Kontor-Artikel
G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 78 Fernsprecher Moritzpl. 2341.
Steglitz, Schloßstraße 28 Fernsprecher Steglitz 291.

Auf Wunsch Vertreter.

Alles denkbar billigst

z. B.

Damen-Strümpfe engl. lang, Paar M. 7.50, 9.–, 12.50, 17.50, 20.– usw.
Gestrickte Damen-Untertaillen M. 13.50, 18.–, 22.50, 27.– usw.
Gestrickte Damen-Korsettschoner Macco, Extra-Preis . . . . . M. 9.7.
Gestrickte Damen-Hemden Macco, mit Arm Extra-Preis . . . . . M. 18.–
Gestrickte Kinder-Röckchen M. 9.75 mit Arm . . . . . M. 11.75
Herren-Hosen grau M. 12.50, 13.75, 16.50, 18.– usw.
Herren-Hemden grau, glatt und mit Einsatz . . . . . M. 26.–
Dicker Rockbarchent Meter . . M. 18.–
Kleider- u. Blusen-Veloutine Meter M. 19.50

Eduard Mankiewitz, Goethestr. 33

Trauringe

Dukatengold, 14 kar. Gold, 8 kar. Gold gestempelt. — Gleich zum Mitnehmen
A. Schiffmann, Alexanderstr. 12 Telefon. Alex 42[illegible]

Pelzwaren

Gegr. 1891 — **ITZIG** Kürschnermeister **Charlottenburg Kantstr. 50,** nochp im Hause der Post — Gegr. 1891

Füchse in allen Farben und Fellarten
Herren-Geh- und Sportpelze
Damenmäntel in allen modernen Fellarten
Umarbeitung, Reparatur in eigener Werkstatt

Sehr richtig — aber . . .

Die „Freiheit" veröffentlicht eine Zusammenstellung der bei dem jüngsten Londoner Gewerkschaftskongreß vertretenen Organisationen und knüpft an die wirklich imponierende Zahl der der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Arbeitermassen folgende Bemerkungen, die wir übrigens restlos unterzeichnen:

„Hier ist eine achtunggebietende Macht vereinigt, die, wie gerade dieser Kongreß gezeigt hat, entschlossen ist, auch geistig die Bahn zu wandeln, auf der allein der Sieg des Sozialismus erkämpft werden kann: die Bahn des Klassenkampfes. Diese Macht gegenüber der Zerstörungswut der Moskauer zu erhalten und sie immer mehr zu erfüllen mit sozialistischem Geist, ist eine wahrhaft revolutionäre Aufgabe."

Dann möchten wir aber die „Freiheit" fragen, warum die Unabhängigen eigentlich die Zweite Internationale bekämpfen und eine neue politische Internationale in Wien gründen wollen. Die Zweite Internationale soll „reformistisch" sein und durch ihr grundsätzliches Festhalten am demokratischen System des Parlamentarismus den „Boden des revolutionären Marxismus" verlassen haben. Aber worin unterscheidet sich denn die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von der Brüsseler, jetzt Londoner Zweiten Internationale? Vertreten nicht beide dieselben Anschauungen, sind nicht sogar ihre Führer zum Teil identisch? Die Stellung der englischen Labour Party, die heute gleichzeitig den Stern der Zweiten und der Amsterdamer Internationale bildet, ist doch für diesen geistigen Parallelismus kennzeichnend.

Kann es da gleichzeitig eine „wahrhaft revolutionäre Aufgabe" sein, die Macht der Gewerkschaftsinternationale gegenüber der Zerstörungswut der Moskauer zu erhalten, und die Macht der Zweiten Internationale, zum größten Gaudium eben dieser Moskauer, zu untergraben? Entweder — oder!

Sind etwa Jouhaux und J. H. Thomas bessere Klassenkämpfer als Huysmans und Löbe, ist etwa der Reichstagsabgeordnete Legien ein anderer Mensch als der Gewerkschaftsführer Legien? Verdient der erste als „Reformist" bekämpft, der zweite als „Klassenkämpfer" vor bolschewistischen Schmähungen in Schutz genommen zu werden?

Wenn wir bei solchen Betrachtungen zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Dritte Internationale durchaus konsequent handelt, wenn sie ihren Bannfluch nicht nur gegen die Zweite, sondern auch gegen die Gewerkschaftsinternationale schleudert, dann entrüstet sich prompt die „Freiheit" darüber, daß wir den Bolschewisten „Liebesdienste" leisteten. Das fällt uns natürlich nicht im Traume ein. Die bolschewistische Politik ist der reinste Wahnsinn, aber in diesem Wahnsinn steckt wenigstens eine gewisse Methode. Dies haben wir übrigens stets betont. Die unabhängige Politik, die selbst nach dem Schiffbruch von Halle sich nicht zu einer klaren Absage an die Moskauer Irrlehre der Diktatur aufraffen kann, ist zwar ebenfalls Wahnsinn, aber es fehlt ihr die Methode.

Regierung Kahr in der Sackgasse.

Aus München wird uns geschrieben:

Im Haushaltausschusse des bayrischen Landtages versuchte der Abg. Timm eine vertrauliche Aussprache mit dem Ministerpräsidenten wegen des Standes der Einwohnerwehrfrage herbeizuführen, ehe der Landtag in die Ferien ging. Da Herr Kahr von seiner Berliner Wallfahrt auch mit einer körperlichen Verstauchung zurückgekehrt war, so gab dies einen zureichenden Grund ab, diese Aussprache hinauszuschieben. Da dieser Grund inzwischen weggefallen ist und der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten über die Einwohnerwehr beriet, glaubte die sozialdemokratische Fraktion die Berechtigung zu besitzen, von der Regierung auch einiges über die das ganze Volk bewegende Frage erfahren zu dürfen. Da es nun keine andere Ausrede mehr gab, fiel die „föderalistische" Regierungsmehrheit auf die unitaristische Seite und erklärte: die Einwohnerfrage zu lösen ist Reichssache und Herr v. Kahr kann darüber nicht eher etwas mitteilen, als bis die bisher gepflogenen vertraulichen Verhandlungen freigegeben sind. Vor kurzer Zeit war diese Sache noch eine rein bayerische, zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" unbedingt notwendige Einrichtung.

Wenn sich die Regierungsparteien dazu entschlossen, einen Akt parlamentarischer Selbstentmannung vorzunehmen und eine geheime Kabinettspolitik nach Wittelsbacher Muster zu inszenieren, so ist damit der Beweis für die Unfähigkeit der Regierung Kahr, auf geraden und offenen Wegen zu wandeln, gegeben. Aber noch mehr: Es ist durch den Vorgang auch bewiesen, daß der Parlamentarismus der Mehrzahl der Abgeordneten noch nicht einmal hauptsächlich sitzt. Denn das gleiche Recht der Reichstagsmitglieder, vertrauliche Mitteilungen der Reichsregierung über auswärtige Angelegenheiten entgegenzunehmen, besitzen auch die bayerischen Volksvertreter, weil es sich dabei um eines der fundamentalsten Rechte im parlamentarischen System handelt. Aber die Regierung Kahr befindet sich in solcher Verlegenheit, daß sich ihre Mehrheit der Verletzung dieses Grundrechtes gar nicht einmal bewußt geworden ist. Zumal am gleichen Tage Erzbergers Anwesenheit in München signalisiert wurde. Das wirkte auf die in eine Sackgasse geratene Regierungsmehrheit wie das Erscheinen Hannibals vor den Toren Roms.

v. Graefe.

Die dem deutschnationalen Abgeordneten v. Graefe-Goldebee besonders nahestehende „Mecklenburger Warte" bestätigt, daß die persönlichen Differenzen zwischen Herrn v. Graefe und dem deutschnationalen Vizepräsidenten Dietrich nicht die eigentliche Ursache für die Mandatsmüdigkeit des Herrn v. Graefe sind. Herr v. Graefe sei nicht kleinlich genug, um aus rein persönlichen Meinungsverschiedenheiten sich zu einer veränderten Stellungnahme gegenüber der Deutschnationalen Partei als solcher drängen zu lassen. Worin nun aber der sachliche Konflikt besteht, erfährt man aus der „Mecklenburger Warte" ebensowenig, wie aus einer langatmigen persönlichen Erklärung, die Herr v. Graefe selber in der „Deutschen Zeitung" über seinen Konflikt mit dem Vizepräsidenten Dietrich losläßt.

Solange diese Gründe verheimlicht werden, muß die „Deutsche Zeitung" schon gestatten, daß man darüber seine Vermutungen hegt. Jedenfalls ist das eine richtig und sicher, daß der Zwischenfall im Reichstag nur ein bei den Haaren herbeigezogener Vorwand für den mit seltsamer Plötzlichkeit aufgetauchten Wunsch des Herrn v. Graefe ist, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.

Der Sklarz-Harden-Prozeß vertagt.

In der Berufungsinstanz stand am Mittwoch vor dem Landgericht II der Prozeß des Herrn Waldemar Sklarz gegen den Schriftsteller Maximilian Harden an. Den Gegenstand der Klage bildet die — allerdings in verschleierter Form vorgebrachte — Behauptung Hardens, Waldemar Sklarz habe seine im Auswärtigen Amt in amtlicher Eigenschaft erlangten Kenntnisse für Geschäftszwecke seines Bruders verwertet. Seinerzeit hat das Schöffengericht, obwohl es eine Beleidigung als vorliegend ansah, gleichwohl den Angeklagten Maximilian Harden freigesprochen, indem es den § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) in viel weitherzigerer Weise auslegte, als dies bisher in der Rechtsprechung der Fall gewesen ist. Das Schöffengericht sprach nämlich im Gegensatz zu der bisherigen Judikatur des Reichsgerichts dem Redakteur einer Zeitung ein ganz allgemeines berechtigtes Interesse bei der Aufdeckung öffentlicher Mißstände zu. — Zum gestrigen Termin war der Angeklagte nicht erschienen, er entschuldigte sich mit Krankheit. Gegen den Widerspruch des Klägers beschloß das Gericht die Vertagung und ordnete zu einem neuen Termin das persönliche Erscheinen beider Parteien an.

Vorwärts!

Aus allen Teilen des Reiches kommt erfreuliche Kunde. Die Mitgliederzahl unserer Parteiorganisationen nimmt dauernd zu, die Werbewochen der letzten Zeit haben sie beträchtlich in die Höhe geschnellt und gleichzeitig tausende und aber tausende neuer Leser für die Parteipresse gebracht.

Der „Vorwärts" nimmt an dieser Aufwärtsbewegung lebhaften Anteil. Auch ihm sind in den letzten Monaten Scharen neuer Bezieher zugeströmt. Die wachsende Auflage des Blattes und das steigende Interesse für seinen Inhalt hat der Redaktion und dem Verlag nahegelegt, den weiteren Ausbau des „Vorwärts" nach Kräften zu fördern. Deshalb wird von Weihnachten ab neben der illustrierten Beilage „Volk und Zeit" eine weitere Wochenbeilage unter dem Namen

„Heimwelt"

beigegeben werden, die in Ernst und Scherz besonders dem Unterhaltungsbedürfnis der Leser und Leserinnen entgegenkommen will.

Außerdem wird, zunächst für die Zeit bis zu den Februarwahlen, eine hauptsächlich für die Frauen bestimmte Sonderbeilage

„Die Wählerin"

erscheinen. Der „Vorwärts" wird also in weit höherem Maße als bisher den verschiedenen Interessen seiner großen Leserschaft Berücksichtigung zuteil werden lassen können.

Trotz des wesentlich erweiterten Umfanges wird der Preis des Blattes nicht verändert. Unsere Genossen bitten wir daher, die Tage bis zum neuen Jahre noch fleißig auszunützen in weiterer erfolgreicher Werbearbeit für den

„Vorwärts"!

Orgesch ist das Vaterland!

In dem Dorfe Paschwitz bei Breslau ist die Einwohnerwehr entwaffnet worden, wobei ihr 24 versteckte Infanteriegewehre und 2 Maschinengewehre abgenommen wurden. Grund genug für die gesamte rechtsstehende Presse, ein Wutgeheul zu erheben und den Führer der dortigen Ortsgruppe des Deutschen Landarbeiterverbandes, auf dessen Veranlassung die Entwaffnung geschah, in der wüstesten Weise zu beschimpfen. Er wird „ein Subjekt" genannt, das „seine Ehre darin sehe, das Vaterland unseren Feinden zu verraten." Also Orgesch ist das Vaterland!

Bedrückung der deutschen Presse in Polen.

Der Preußischen Landesversammlung ist folgende „große Anfrage" zugegangen:

„Ist der Staatsregierung bekannt, daß entgegen den Bestimmungen des Vertrages, den die assoziierten und alliierten Hauptmächte mit dem polnischen Staate über den völkischen Schutz der Minderheiten beschlossen haben, die polnische Regierung die deutsche Presse in Polen gewaltsam unterdrückt?

Durch grundlose wiederholte Verbote für Monate oder auf unbestimmte Zeit, durch Inhaftnahme und Internierungen der Verleger und Schriftleiter oder durch Einsetzung von Zwangsverwaltern in die Betriebe werden die deutschen Verlagsinhaber so lange bedrückt, bis sie sich zum Verkauf bereit zeigen. („Bote für Pommerellen", Neustadt W.-Pr., „Thorner Zeitung", „Der Gesellige", Graudenz, „Posener Tageblatt" u. a.)

Zurzeit ist das „Posener Tageblatt" für drei Monate verboten, „weil es fortgesetzt gegen den Friedensvertrag von Versailles schreibt." Die „Ostdeutsche Rundschau" in Bromberg ist zum wiederholten Male auf einen Monat bis 31. Dezember 1920 verboten.

Die Maßnahmen der polnischen Regierung haben bisher erreicht, daß von mehr als 40 deutschen Zeitungen, die beim Uebergang des Gebiets an Polen vorhanden waren, mehr als die Hälfte ihr Erscheinen einstellen oder an die polnischen Banken, die sich eigens für diesen Zweck bilden, verkaufen mußten.

Ist die Staatsregierung bereit, dieser Verletzung der Rechte der deutschen Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten?"

Die Anfrage ist unterzeichnet von den Fraktionen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei und des Zentrums.

Ein Notschrei aus dem Rheinland.

Aus Trier wird uns geschrieben: Eine Rechtsprechung, wie sie selbst in den ärgsten Tagen wilhelminischer Herrschaft und unter dem Sozialistengesetz nicht schlimmer war, wird heute noch von der hiesigen Justiz ausgeübt. Nachdem unser hiesiges Parteiblatt, die „Volkswacht", in der Zeit ihres einjährigen Bestehens zirka 20 Prozesse über sich ergehen lassen und zum Teil ungeheuerliche Strafen auf sich nehmen mußte, ist am vergangenen Freitag ein Urteil gefällt worden, das lebhaft an das Löbtauer Urteil erinnert. Der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes, Genosse Lieser, und ein Kollege Thelen sind wegen Landfriedensbruchs zu 4 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Folgender Tatbestand lag der Anklage zugrunde: Während des letzten Holzarbeiterstreiks im Juli d. J. hatte Lieser als Streikposten einen Arbeitswilligen gebeten, nicht zu arbeiten und ihn auf das Unmoralische seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht. Dabei ist Lieser von dem Hauptbelastungszeugen Thönnes angegriffen worden und es ist zu einer kleinen Rempelei gekommen, in deren Verlauf aber, wie sämtliche Zeugen bekundeten, überhaupt nicht geschlagen worden ist. Es sind lediglich eine Jacke zerrissen und ein paar Knöpfe abgerissen worden. Aus diesem Vorgang, an dem sich von beiden Seiten vielleicht insgesamt 10 bis 15 Personen beteiligten, hat die Staatsanwaltschaft eine große Staatsaktion wegen Landfriedensbruchs aus § 125 St.G.B. hergeleitet. Die Anklagerede war geradezu ein Musterbeispiel aus wilhelminischer Zeit. Der Staatsanwalt führte aus, daß er es für richtig halte, wenn der Zeuge Thönnes dem Angeklagten Lieser tatsächlich Ohrfeigen gegeben. Das hätte auch praktisch nichts geschadet, denn es stelle ein Schulbeispiel der Notwehr dar. Nach der recht eigenartigen Auffassung dieses Staatsanwalts ist also ein Streikbrecher ohne weiteres berechtigt, einen Streikposten zu schlagen. Ein Streikender ist danach noch heute Freiwild, das sich ruhig schlagen lassen muß und obendrein noch wegen Landfriedensbruchs angeklagt wird. „Weil es notwendig sei, „gewissen Leuten" (gemeint sind offenbar Sozialdemokraten) vor Augen zu führen, daß derjenige, der sich wie ein Lump (!) benehme, auch die Strafen, die man für diese Leute anwende, erhalten müsse", — so führte der Staatsanwalt aus, — beantrage er gegen Lieser 1 Jahr und gegen Thelen 9 Monate Gefängnis!

Das Gericht erkannte, wie bei der hiesigen Justiz gar nicht anders zu erwarten, auf eine Gefängnisstrafe von 4 bzw. 3 Monaten.

Es wird die allerhöchste Zeit, daß der Justizminister eingreift und die Staatsanwälte anweist, daß sie sich heute, zwei Jahre nach der Umwälzung, nicht mehr die Methoden von vor 10 Jahren leisten dürfen. Denn solches Verhalten, wie das der Trierer Justizbehörden, fördere mit ihrer Tätigkeit die Bestrebungen der Separatisten in vorzüglicher Weise.

Sozialistendebatte in Frankreich.

Paris, 22. Dezember. In der Kammer wurde die Interpellation des Abgeordneten Soulier beraten, die darauf ausgeht, die Regierung zum Kampf gegen die bolschewistische Propaganda zu bewegen. Der Abgeordnete Soulier erklärte, daß der Ausfall der Wahlen im Departement Lot-et-Garonne, in dem die Sozialisten einen verstorbenen Abgeordneten, der dem nationalen Block angehört hatte, ersetzen, ihn zu der Interpellation veranlaßt habe, weil sich das Außerordentliche ereignet habe, daß die Regierung in dem Wahlkreise des Ministerpräsidenten geschlagen worden sei.

In der Nachmittagssitzung sprach der sozialistische Abgeordnete Compère-Morel, der erklärte, wenn die Wahlen im Wahlkreise Lot-et-Garonne zugunsten eines Sozialisten ausgefallen seien, dann faßten die Wähler eben den Begriff Bolschewisten etwas anders auf als die Mehrheit der Kammer. Die Wahl des Sozialisten Renaud beweise, daß man mit der Politik des nationalen Blocks nicht einverstanden sei, und daß gebe ihr eine besondere Bedeutung.

Lloyd George und die Arbeiterfrage.

London, 22. Dezember. (Holländisch Reuwsbureau.) Lloyd George gab heute im Unterhause eine längere Erklärung bei den Beratungen über die Arbeitslosigkeit ab. Er teilte mit, daß mit Ausnahme von Frankreich die Arbeitslosigkeit überall in der Welt größer sei als in England. In England sei gegenwärtig eine Million Mann mehr an Arbeitern eingestellt als im Jahre 1914. Trotzdem würde es offenbar zu Auswanderungen kommen. Wenn hierbei aber in Betracht gezogen würde, daß aus den Vereinigten Königreichen die Auswanderung lediglich nach den überseeischen Teilen Großbritanniens erfolge, dann verliere Großbritannien keinen einzigen seiner Einwohner und seiner Arbeitskräfte. Dies müsse erreicht werden.

Der Handelsminister Horne habe ihm mitgeteilt, er habe umfangreiche Beratungen mit Geschäftsleuten gehabt, um zu ermitteln, ob es möglich sei, ein Kreditsystem anzunehmen, daß die Wiederaufnahme des Handels mit den verarmten Ländern Europas gestatten würde. Wenn ein solches System sich als anwendbar erweisen würde, dann würde das der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unendlich besser dienen als irgendwelche Pflästerchenmittel. Gleichzeitig teilte er mit, daß ein ziemlich großer Ueberschuß an Wollvorräten in England wahrscheinlich in allernächster Zeit unter Bedingungen, die noch einer Prüfung unterliegen, nach Mitteleuropa, hauptsächlich nach Deutschland ausgeführt werde.

D'Annunzios Theaterkrieg.

Rom, 22. Dezember. (WTB.) Amtlichen Meldungen zufolge hat sich in Fiume und Dalmatien nichts Neues ereignet. Admiral Millo ist in Zara durch einen Zivilkommissar ersetzt worden. Es ist klar, daß Italien den Vertrag von Rapallo einhalten wird. Die italienische Regierung wird es der Stadt Fiume vollkommen überlassen, für sich selbst zu sorgen und sich nicht in ihre Angelegenheiten mischen. Fiume kann sich nach Belieben für oder wider die Regentschaft des Quarnero entscheiden und den Vertrag von Rapallo anerkennen oder nicht. Das ist seine Sache und nicht die Italiens. Die italienische Regierung wird sich darauf beschränken, dafür Sorge zu tragen, daß die Grenzen nicht verletzt werden.

Bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung in Italien ist die Tatsache, daß der Verein der Arditi, die bisher die eifrigsten Anhänger d'Annunzios waren, die Arditi in Fiume aufgefordert habe, den Befehlen des Vaterlandes zu gehorchen. Die gewöhnlich über die Absichten d'Annunzios gut unterrichtete Turiner „Gazetta del popolo" erklärt, daß ein Handstreich auf Dalmatien vollkommen ausgeschlossen sei.

Rom, 22. Dezember. (Stefani.) Das Torpedoboot 68, dessen Besatzung kürzlich gemeutert hat, landete in Castel Venier nordöstlich von Zara eine Gruppe von Offizieren und 120 Legionären mit zwei Maschinengewehren. Die kleine Besatzung von Castel Venier mußte auf Zara zurückgehen.

Auslandsrundschau.

In der zweiten holländischen Kammer erklärte Minister van Karnebeek die Regierung lege der Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland keine Hindernisse in den Weg, aber sie könne auch keine Verantwortlichkeit für diese Handelsbeziehungen auf sich nehmen. Bezüglich des diplomatischen Zwischenfalles mit Serbien wiederholte der Minister, die Regierung habe großes Wohlwollen gezeigt, aber dieses Wohlwollen sei durch die Würde des Staates begrenzt. Er rate der Kammer, jetzt abzuwarten, wie die Angelegenheit sich entwickeln werde.

Gewerkschaftsbewegung

Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften.

Dieses Thema stand auf der Tagesordnung der 10. Tagung des Ausschusses des A.D.G.B. Dißmann (Metallarbeiter) hatte das einleitende Referat übernommen. Allseitig gab man der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Lohnpolitik nicht weiter kommen können und daß die Verhältnisse zu weiterer Betätigung drängen. Diese sei um so notwendiger, da den politischen Parteien durch die bedauernswerten Spaltungen die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr erschwert sei und nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wiederherzustellen. Die Aussprache, an der sich zahlreiche Vertreter größerer, mittlerer und kleinerer Gewerkschaften beteiligten, war sehr fruchtbringend. Sie wird in der nächsten Zeit in der Gewerkschaftspresse noch ihre Fortsetzung finden.

Im Anschluß an diesen Tagesordnungspunkt berichtete Sabath über die Verhandlungen mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) betr. die Frage der Zusammenfassung der Hand- und Kopfarbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation. Es finden noch weitere Verhandlungen über diese Angelegenheit statt. Ein verwandtes Gebiet behandelte der Bericht der Kommission betreffend die Industrieorganisation. Berichterstatter war Dißmann. Die Kommission wird in der nächsten Sitzung bestimmte Vorschläge machen. Zu einer besonderen Konferenz über die Frage Berufs- oder Industrieorganisation, unter besonderer Berücksichtigung des Bergbaues, lud Hufemann vom Bergarbeiterverband die Vorstände der im Bergbau vertretenen Organisationen ein.

Die Konferenz beschäftigte sich weiter mit der Gründung einer Akademie der Arbeit, über die im Auftrage der eingesetzten Studienkommission Dißmann referierte. Es gelangte nach kurzer Diskussion, in der auch Genosse Woldt vom Kultusministerium sprach, eine Resolution Giebel zur Annahme, die erklärt, daß der Bundesausschuß der Gründung einer Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. wohlwollend gegenübersteht. In einer sehr ausgedehnten Debatte über die Lohnpolitik der Verbände wurde gewünscht, daß sich der Bund für die Beilegung der Lohnbewegung der Eisenbahner und Bergarbeiter einsetzt, deren außerordentlich schwierige Lage allgemein anerkannt wurde. Der Regierung soll jeder Zweifel darüber genommen werden, daß der Gewerkschaftsbund sich mit aller Kraft hinter diese Arbeitergruppe stellt. Weiter wurde beschlossen, die bisherige Vertretung im Reichsausschuß für Landwirtschaft aufrechtzuerhalten, aber eine Verantwortung für die Tätigkeit des Ausschusses abzulehnen. Im übrigen stellte sich der Ausschuß auf dem Standpunkt, daß die Lohnpolitik Sache der einzelnen Organisationen bleiben müsse, daß aber in lebenswichtigen Industrien entscheidende Schritte nicht ohne das Einverständnis der übrigen Arbeiterschaft unternommen werden dürfen.

Zwecks Unterstützung der ungarischen Gewerkschaften wurde beschlossen, von den deutschen Gewerkschaften nach Maßgabe des durchschnittlichen Mitgliederbestandes vom vorigen Jahre für jedes Mitglied fünf Pfennige an die ungarischen Gewerkschaften abzuführen. Das Geld wird in ungarischen Kronen bei einer Wiener Bank hinterlegt und kann von dort unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den ungarischen Gewerkschaften erhoben werden. Zur Prüfung der durch die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet entstandenen Sachlage wird eine Kommission eingesetzt. In einer Resolution erhebt der Ausschuß energischen Protest „gegen die fortgesetzten systematischen Störungen und Beunruhigungen des deutschen Wirtschaftslebens, wie sie ständig hervorgerufen wurden durch die Versuche der Ententeregierungen und ihrer Vertretungen in Deutschland, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages immer neue und immer rigorosere Auslegungen zu geben, oder neue Forderungen aufzustellen, die weder rechtlich noch tatsächlich begründet sind". Weiter beschäftigte man sich mit der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens und dem Stand der Sozialisierungsfrage überhaupt. Für das erstere wurde ein besonderes Sekretariat und für das zweite eine Kommission eingesetzt. Genosse Robert Schmidt wurde als neuer Sekretär in den Bundesvorstand gewählt.

Endlich nahm der Ausschuß noch zu den Angriffen der von den Moskowitern ausgehaltenen Kommunisten Stellung und nahm eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Da die von Moskau anempfohlenen Tendenzen in hohem Maße die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiterschaft in ihrer Schlagkraft lähmen, Verwirrung und Zersplitterung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes es als unabweisbare Pflicht der Verbände, diese zersetzenden Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit anderen die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften schwächen, schädigen deren Positionen gegenüber dem Kapital, verstoßen darum gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst."

„Neuwirtschaft" und Landarbeiterverband.

Wir brachten in unserer Nr. 610 eine Zuschrift des Deutschen Landarbeiterverbandes, Gau Brandenburg, die sich mit der Organisation „Die Neuwirtschaft" beschäftigte und behauptet, daß diese mit allen Mitteln gegen den Landarbeiterverband arbeitet. Es wurde bedauert, daß auch „im Kreise unserer eigenen Genossen dieser sogenannte Zellenbau in der Gewerkschaftsorganisation, hier aber in gelber Richtung, betrieben wird." Zu dieser Angelegenheit sandte uns „Die Neuwirtschaft", gez. Cramer, eine umfangreiche Erwiderung, in der als Ziel der Neuwirtschaft „die Versorgung der Industriearbeiter mit landwirtschaftlichen Produkten und die Versorgung der Landarbeiter unter Ausschaltung der verteuernden Zwischengewinne" bezeichnet wird. In gewerkschaftlicher Hinsicht sind nach dieser Zuschrift die an dieser Organisation beteiligten Arbeiter des Kreises Prenzlau von der kaufmännischen Abteilung der Neuwirtschaft ebenso wenig wie von ihren Arbeitgebern abhängig. Die durchaus selbständige Betätigung der Landarbeiter des Kreises Prenzlau wird „auf das gewerkschaftswidrige und ungeschickte Auftreten der Vertrauensleute des Deutschen Landarbeiterverbandes" zurückgeführt. Es wird dabei betont, daß die Neuwirtschaft dabei ist, die ihr angeschlossenen 65 000 Arbeiter geschlossen dem Landarbeiterverband zuzuführen, dessen Gauleitung Brandenburg aber mit „kaltem Hohn" im Gegensatz zu „Mitgliedern freigewerkschaftlicher Spitzenverbände" die gestellten Bedingungen ablehnt. Die Verdächtigung, daß es sich hier um eine gelbe Organisation handelt, wird entschieden zurückgewiesen.

Gegenüber diesen Feststellungen der Neuwirtschaft bleibt der Gau Brandenburg des Landarbeiterverbandes bei seinen Behauptungen und übernimmt für dieselben die volle Verantwortung. Eine Anfrage unsererseits bei maßgebenden gewerkschaftlichen Instanzen ergab, daß dort die Neuwirtschaft ziemlich unbekannt ist und mit der Gewerkschaftsbewegung als solcher vorerst nichts zu tun hat.

Zwangswirtschaft und Kuchenbackverbot.

In einer gutbesuchten Versammlung der Bäcker und Konditoren referierte Genosse Hetzschold über obiges Thema. Scharf trat er der Befürwortung des freien Handels für Getreide entgegen und erklärte, daß bei dem Mangel an Nährstoffen die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides ein Verbrechen am hungernden Volke sei, wie auch der Beruf ein dringendes Interesse an der dauernden und regelmäßigen Volksernährung und Broterzeugung habe. Der Referent schlug eine Reihe von Maßnahmen vor, die eine bessere Erfassung des Brotgetreides und der Getreidebewirtschaftung überhaupt ermöglichen. Er erklärte, daß ein absolutes Kuchenbackverbot einen ganzen Berufsstand einseitig schädigt oder gar vernichtet, die Arbeitslosigkeit unendlich vermehre und den Interessen des Volkes in keiner Weise nützt, sondern sogar bestimmte Nachteile bringt.

Die Diskussion bewegte sich vollkommen in den Anschauungen des Referenten. Eine einstimmig angenommene Resolution besagt u. a.

„Der Beschluß des Reichstages, ein Verbot der gewerbsmäßigen Kuchenherstellung zu erlassen, würde unter den gegebenen Verhältnissen einen Schlag ins Wasser bedeuten, weil die Absicht, dadurch Mehl und andere Rohstoffe zu sparen, nicht erreicht werden würde. Vielmehr würde die Kuchenherstellung und der Handel mit Kuchen nur den reellen Geschäften entzogen und den unreellen überantwortet. Der einzige „Erfolg" eines solchen Verbotes kann nur die Vermehrung der ohnehin übergroßen Arbeitslosigkeit sein.

Die Versammlung protestiert daher mit größter Entschiedenheit gegen ein solches Verbot, das die Existenz Tausender bedroht, ohne praktischen Erfolg zu haben, und beschließt, eine Kommission einzusetzen, die mit den Behörden und gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung zu treten hat, um über Mittel und Wege zu beraten, die eine wirksamere Ersparnis von Brotgetreide ermöglicht."

Lohnbewegung der Karosseriearbeiter.

Die Kommission der in den Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter verhandelte in letzter Zeit mit den Vertretern der Unternehmer wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Die Verhandlungen sind aber bei der Lohnfrage ins Stocken geraten. Gefordert wird für die Facharbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 7 auf 9,50 M. in der ersten, von 6,70 auf 9,20 M. in der zweiten Lohnklasse und ein entsprechender Aufschlag für die Hilfsarbeiter. Die Unternehmer erklärten, sie könnten über die gegenwärtigen Lohnsätze nicht hinausgehen, also keine Lohnerhöhung bewilligen. Sie würden ihrer Vollversammlung die Forderung der Arbeiter vorlegen und der Kommission der Arbeiter den Beschluß mitteilen. Dieser Stand der Angelegenheit wurde am Dienstag einer sehr stark besuchten Versammlung der Karosseriearbeiter mitgeteilt, die ihre Entrüstung darüber zum Ausdruck brachte, daß die Unternehmer jede Lohnerhöhung abgelehnt haben. Die Kommission wurde beauftragt, auf Wunsch der Arbeitgeber nochmals zu verhandeln und spätestens in der ersten Januarwoche eine neue Versammlung einzuberufen, die eventuell den Streik beschließen soll. — Ferner entschied sich die Versammlung für Abschaffung der Akkordarbeit.

Die technischen Bergbauangestellten des Ruhrreviers haben den für sie gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Ueberall herrscht eine hochgradige Mißstimmung. Wenn eine Aenderung nicht eintritt, ist nach einer „Dena"-Meldung ein Streik der technischen Bergbauangestellten kaum zu vermeiden.

Der Streik der Breslauer Gemeindearbeiter ist vorläufig beigelegt. Dienstag nachmittag wurde die Arbeit wieder aufgenommen und dem Magistrat vom Schlichtungsausschuß der Bescheid erteilt, sich binnen drei Tagen zu erklären.

Deutscher Bauarbeiterverband. Die Abstempelung in den Bezirkslokalen dört ab 1. Januar 1921 auf. Anmeldung betr. Erwerbslosenunterstützung erfolgt Gormannstr. 13, großer Saal, die Abstempelung in den von Groß-Berlin eingerichteten Geschäftsstellen. Zu gleicher Zeit wird der Arbeitsnachweis für Maurer, Zementierer, Einschaler, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter nach der Gormannstraße 13, großer Saal, verlegt. Nähere Einzelheiten werden in einem demnächst erscheinenden Flugblatt bekanntgegeben.

Verband der Buchbinder. Freitag ist das Bureau durchgehend von 9—7 Uhr nachmittags geöffnet. 3. Feiertag bleibt das Bureau geschlossen.

Zentralverband der Hausangestellten. Dank der Opferwilligkeit unserer Mitglieder ist es möglich, den arbeitslosen Mitgliedern unter bestimmten Voraussetzungen eine kleine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren, die bis spätestens Donnerstag, den 30. d. Mts., unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches abzuholen ist.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Arbeitslose Mitglieder, soweit sie ihre Weihnachtsunterstützung noch nicht abgeholt haben, werden aufgefordert, dieselbe am Freitag vormittag zwischen 9 und 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Wirtschaft

Die erste deutsche Flachsschau in Sorau. Der Vorsitzende der Reichswirtschaftsstelle für Flachs, Georg Müller-Oerlinghausen, hielt den Festvortrag. Der Redner zeigte, wie wir bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein als ein Flachsbauland weit über unseren eigenen Bedarf hinaus Flachs erzeugt haben, bis der Siegeszug der Baumwolle begann und die Industrialisierung die Landarbeiter in die Stadt verdrängte. Der Krieg hat uns gelehrt, was es heißt, restlos vom Ausland abzuhängen. Die Rücksicht auf die Ernährungsbasis läßt keine Bedenken zu, denn das Erzeugnis eines Hektars guter Qualität erspart uns zirka 16 000 Mark Baumwolleinfuhr. Damit können wir den Ertrag von vielen Hektar Weizen importieren. Dazu kommt noch der Wert des Oeles und der Oelkuchen. Volkswirtschaftlich ist also der Qualitätsbau rentabel. Außerdem beschäftigt der Flachsbau, besonders im Kleinbau und Ausarbeitung auch landwirtschaftlich viel mehr Hände, als Hack- und Körnerfrüchte. Wir müssen auch Mehranbau haben, denn ohne ihn kein Abbau der Produktionskosten. 1918 bearbeiteten zirka 85 000 Arbeiter zirka 90 Millionen Kilo Rohflachs, 1920 bearbeiteten zirka 70 000 Arbeiter zirka 18 Mill. Kilo Rohflachs, ein erschütterndes Bild unserer jetzigen Wirtschaft, mehr als das dreifache könnte bei vergrößerter Erzeugung für den gleichen Lohn erzeugt werden. Was das heißt, bei einem Produkt, bei dem in 100 M. Fertigfabrikat nur zirka 7 M. Rohstoff und Bodenrente enthalten sind, während alles andere Löhne und Kosten darstellt, die indirekt (wie Kohlen) große Lohnanteile enthalten, versteht der Wirtschaftskundige.

Rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit in Dänemark. Die Zahl der Arbeitslosen, namentlich in der Textil-, Möbel- und Bauindustrie, hat in den letzten vier Wochen einen beunruhigenden Umfang angenommen. Die notleidenden Industrien fordern dringend von der Regierung besondere Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz.

Italienische Automobillieferungen nach Südamerika. Die Fiatwerke in Turin haben große Bestellungen an Automobilen aus Südamerika aufzuweisen. Der italienische Staat verlangt, daß 80 Proz. aller Lieferungen in das Ausland gehen müssen.

Soziales.

Die Forderungen der Aerzte.

Der Deutsche Aerzteverband hat auf seiner Tagung am 13. Dezember d. J. in Leipzig zur Kassenarztfrage und zu den Beschlüssen des Krankenkassentages in Berlin folgende Stellung genommen:

Die Aerzteschaft weist die von den Krankenkassen in Berlin erhobenen schweren Vorwürfe als ungerechtfertigt zurück. Sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Familienversicherung als dringendes Gebot der öffentlichen Gesundheitspflege alsbald eingeführt werden muß, und daß die Beseitigung der kostenlosen ärztlichen Behandlung eine schwere Schädigung der Heilfürsorge bedeutet. Die von den Krankenkassenverbänden angestrebte Massenbehandlung in Kassenpolikliniken bringt angesichts der schwer daniederliegenden Volksgesundheit eine erhebliche Verschlechterung des jetzigen Zustandes mit sich.

Die Versammlung verlangt von allen Aerzten, daß sie das auf Grund der im Reichsarbeitsministerium getroffenen Vereinbarungen bestehende Vertragsverhältnis fortsetzen und neue Verträge auf dieser Grundlage schließen.

Zur Abänderung der R.V.O. wird vorgeschlagen:

1. In die Zwangskrankenversicherung sind alle wirtschaftlich Schwachen aufzunehmen.
2. Versicherungsrecht und Versicherungspflicht enden mit einem bestimmten Jahreseinkommen bzw. einem bestimmten Jahresarbeitsverdienst.
3. Für alle diese Personen ist die Familienversicherung einzuführen.
4. Den Versicherten und ihren Angehörigen muß die Wahl des Arztes grundsätzlich freigestellt werden.
5. Die Organisationen der Krankenkassen und Aerzte bilden
   a) Arbeitsgemeinschaften zur Erledigung aller gemeinsamen Angelegenheiten und zur Förderung der sozialen Gesetzgebung und der Gesundheitspflege;
   b) Einigungsausschüsse zur Vereinbarung der Bedingungen für die kassenärztliche Tätigkeit;
   c) örtliche Schlichtungs- und Schiedsinstanzen zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten bei Vertragsverhandlungen;
   d) ein Reichsschiedsgericht zur Revision von Schiedsgerichtsentscheidungen.

Gerichtszeitung.

Ein Hochstapler von außerordentlicher Dreistigkeit,

der sich „Dr. Hugo von Hartung" nannte, hatte sich gestern in der Person des Kaufmanns Bruno Ryczek wegen Diebstahls, Betruges und Urkundenfälschung in strafschärfendem Rückfalle, auch wegen unbefugter Beilegung des Doktortitels zu verantworten. Der Angeklagte war hier im Stadtvogteigefängnis interniert und sollte von hier aus nach der Strafanstalt zu Neugard zur Verbüßung einer längeren Zuchthausstrafe übergeführt werden. Er wurde aber von Spartakisten befreit und konnte erst im Juli d. Js. hier in Berlin verhaftet werden. R. verkehrte nur in den besten und teuersten Weinlokalen; im Lindenhöfel und in den Bars des Westens war der elegante junge Mann ein willkommener Gast. In der Lutherdiele erwarb er gegen ein kleines Entgelt von einem dort verkehrenden Gast gefälschte Legitimationspapiere und spielte fortan in Berlin als „Dr. Hugo v. Hartung" die von ihm gewählte Rolle des Industrieritters. Gelegentlich eines Kokaingeschäftes kam er mit zwei Kriminalbeamten zusammen, die ihm bereits auf der Spur waren und den lange Gesuchten verhaften wollten. Es gelang jedoch dem in allen Sätteln gerechten Angeklagten, die Beamten in einer Bodega in der Bülowstraße mit Sekt und Likören derart zu traktieren, daß die Hüter des Gesetzes völlig berauscht im Lokal einschliefen. Nunmehr entwendete er ihnen ihre Dienstmarke und als die wiedererwachten Beamten dies merkten und auf ihn eindrangen, streckte er den Kriminalbeamten deren eigene Dienstwaffe entgegen und entkam, indem er sie mit den Worten bedrohte: „Halt, ihr Hunde, oder ich schieße euch mit eurer eigenen Waffe nieder!" Teils als Dr. v. Hartung, teils als Kriminalwachtmeister mit echter Dienstmarke und Dienstrevolver führte er nun eine Reihe von Verbrechen aus, beschlagnahmte Scheckbücher, fälschte Schecks, verschaffte sich erhebliche Gelder, inszenierte als Beamter der Kriminalpolizei Restaurants und trieb den größten Unfug, bis endlich durch einen glücklichen Zufall seine Verhaftung gelang. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Cunow: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie

Zwei vornehme Halbleinen-Bände.

Günstiger Herstellung ermöglichte eine Ermäßigung des ursprünglich angesetzten Subskriptionspreises

Unter Heranziehung älterer sozialphilosophischer Lehren baut Cunow aus der Zusammenfassung und Kritik der Marx-Engels'schen Entwickelungslehre, gegründet auf die neueste Forschung

eine großzügige marxistische Soziologie

auf, wie sie bisher in der sozialwissenschaftlichen und sozialistischen Literatur gänzlich fehlte.

Der 1. Band ist soeben erschienen und wird bei Bestellung bis zum 31. Dezember 1920 auf anhängendem Bestellschein zu dem für Subskribenten ermäßigten Preise von ..... Mark statt 51 Mark geliefert. Der 2. Band folgt in einigen Wochen.

42.50

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2:

..... Exemplare

Cunow: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. 2 Halbleinenbände.

Subskriptionspreis für den 1. Band M. 42.50.

Unterschrift.

Wohn.